



NATIONALE
STADT
ENTWICKLUNGS
POLITIK

Das Magazin zu den Pilotprojekten
der Nationalen Stadtentwicklungspolitik
Ausgabe 12 | Juni 2017

stadt:pilot 12

- ▶ Was eine Ankunftsstadt ausmacht
- ▶ Wie Integration vor Ort gestaltet wird
- ▶ Wie Migration die Stadtgesellschaft bereichert

Nationale Stadtentwicklungspolitik:
Eine Gemeinschaftsinitiative von Bund,
Ländern und Gemeinden





Foto: empirica

Vorwort



Foto: Bundesregierung (Steins)

Liebe Leserinnen und Leser,

vor zehn Jahren haben wir die Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt verabschiedet. Seitdem setzen wir mit der Nationalen Stadtentwicklungspolitik in Bund, Ländern und Gemeinden zusammen die Inhalte der Leipzig-Charta um. Diese Gemeinschaftsinitiative ist ein Erfolgsmodell: Sie bietet mit ihren Pilotprojekten einen Raum, um innovative Antworten auf Fragen der Stadtentwicklung zu erproben. Neudenken, ausprobieren und nachjustieren – genau das ist hier erwünscht. Aktuell beschäftigt uns dabei besonders das Thema Integration. In den letzten Jahren kamen hunderttausende Schutzsuchende nach Deutschland, die wir nun in unsere Gesellschaft integrieren. Gerade die Städte und Gemeinden nehmen dabei eine Schlüsselrolle ein. Denn hier werden die vielfältigen Integrationsleistungen konkret vor Ort erbracht.

Wir wissen, dass dies nur mit Hilfe einer integrierten und fachübergreifenden Herangehensweise zu meistern ist. Dafür brauchen wir Allianzen mit alten und neuen Partnern der Stadtentwicklung sowie einen breiten Dialog innerhalb der Stadtgesellschaft. Das ist ganz im Sinne der Leipzig Charta. Denn Integration kann besonders dann gelingen, wenn Stadtentwicklung ganzheitlich gedacht wird, Zugewanderte und Schutzsuchende selbst zu Akteuren werden und die Lösungen der Beteiligten ineinander greifen.

Ich bin sehr froh, dass wir in den kommenden drei Jahren zehn Pilotprojekte begleiten, die sich mit Fragen der Stadtentwicklung und Migration befassen und dazu modellhafte Ansätze erproben. Besonders wichtig ist, dass übertragbare Lösungen entstehen. Dabei vergessen wir natürlich nicht, bereits bewährte Ansätze in Deutschland, Europa und der ganzen Welt in den Blick zu nehmen. Alle Projekte werden neue Ansätze für die gesamtstädtische und fachübergreifende Betrachtung dieses Themas aufzeigen.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Barbara Hendricks

Dr. Barbara Hendricks

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

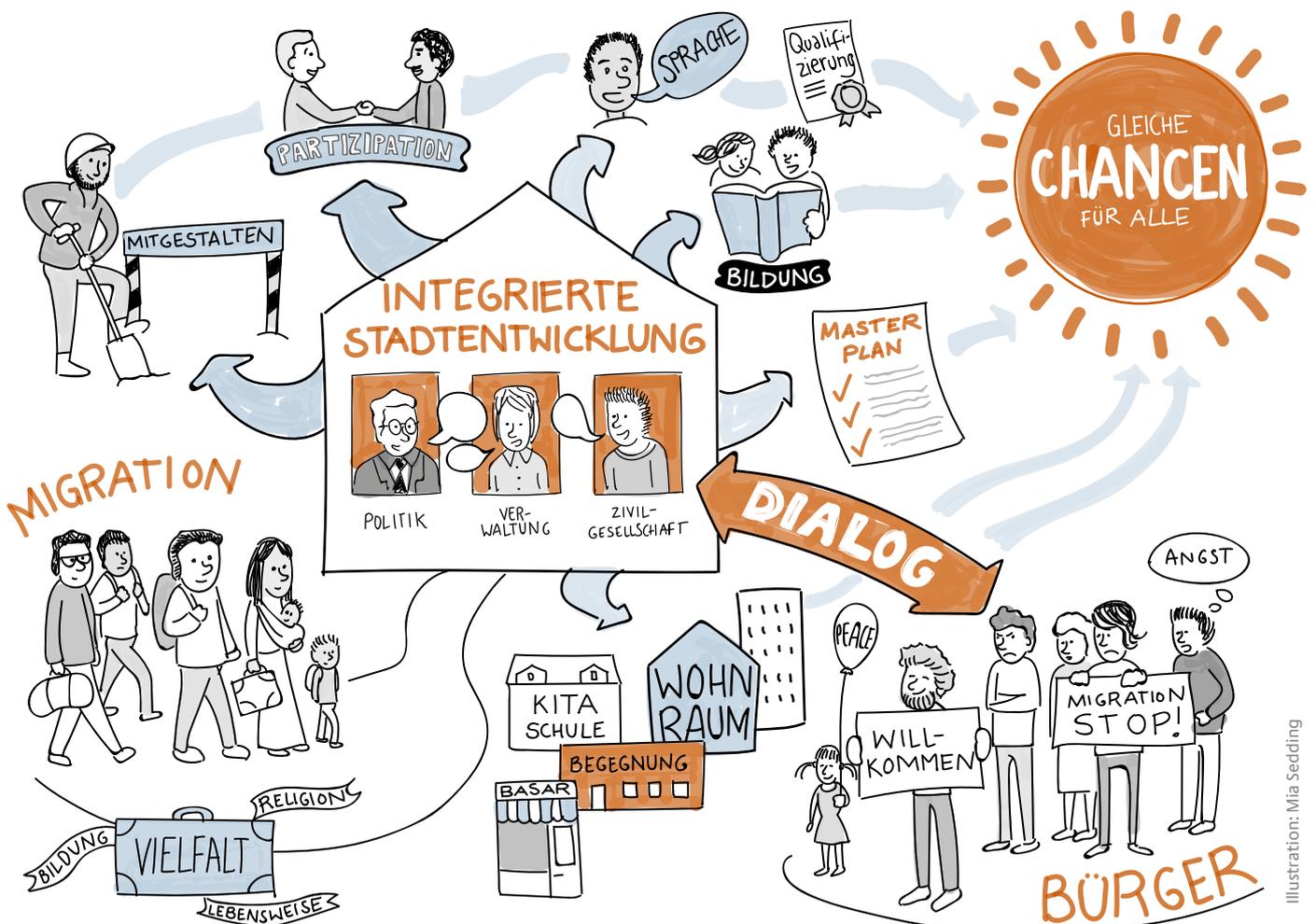
Stadtentwicklung und Migration

Willkommen in der Einwanderungsgesellschaft

Das Thema Flucht und Migration hat durch die Zuwanderung in den letzten Jahren erneut an Aktualität gewonnen. Städte und Gemeinden sind gefordert, die Integration der geflüchteten Menschen in Kooperation mit weiteren Akteuren und der Stadtgesellschaft zu bewerkstelligen. Die neuen Pilotprojekte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik zum Thema „Stadtentwicklung und Migration“ nehmen sich dieser Aufgabe an und zeigen mit ihren Ansätzen Wege auf, wie Integration vor Ort erfolgreich gestaltet werden kann.

Stadtgeschichten sind immer auch Migrationsgeschichten. Von Beginn an haben Wanderungsbewegungen zur Entwicklung und Urbanität unserer Städte maßgeblich beigetragen. Auch heute gehört das Kommen, Gehen und Bleiben zum urbanen Alltag. Menschen aus allen Teilen der Welt leben mittlerweile in unseren Städten. Lokale Kulturen, Lebensstile und Alltagspraktiken, die sonst geographisch und zeitlich weit voneinander entfernt sind, vermischen sich in den städtischen Räumen und prägen das Zusammenleben vor Ort. Spätestens mit dem Zuwanderungsgeschehen im Jahr 2015 hat bereits das nächste Kapitel in den Migrationsgeschichten

unserer Städte begonnen. Über eine Millionen Menschen sind seitdem nach Deutschland gekommen, um Zuflucht vor Krieg, Verfolgung und Not zu finden. Die Zuwanderung hat die deutsche Gesellschaft in Bewegung versetzt und besonders unsere Städte und Gemeinden vor vielfältige Aufgaben gestellt. Während in der ersten Zeit vor allem die unmittelbare Unterbringung und Versorgung der ankommenden Menschen im Fokus standen, geht es inzwischen darum, die notwendigen Voraussetzungen für eine schnelle Integration der Neuzuwandererten zu schaffen.



Integration ermöglichen

Für unsere Kommunen stellt Integration keine gänzlich neue Aufgabe dar, besonders nicht für die größeren Städte. Sie verfügen über langjährige Erfahrungen in der Integrationsarbeit und haben grundlegende Strukturen für eine erfolgreiche Integrationspolitik aufgebaut. In zahlreichen Kommunen ist Integration als Politikfeld verankert, sie haben eigene Integrationskonzepte in Kooperation mit weiteren Partnern erarbeitet und ihr Engagement in diesem Aufgabenbereich verbindlich und nachhaltig gestaltet. Zudem bestehen vielerorts bereits etablierte Netzwerke in der Integrationsarbeit, in denen Akteure aus Politik, Verwaltung und lokaler Zivilgesellschaft gemeinsam aktiv sind. Wenn auch in vielen Kommunen weitreichende Erfahrungen im Umgang mit Migration vorliegen, so stellt die Integration der Geflüchteten schon allein aufgrund ihrer Anzahl eine besondere Herausforderung dar.

Um eine zügige Integration vor Ort zu ermöglichen, sind die Kommunen in sämtlichen Handlungsfeldern gefordert. Wohnraumversorgung und soziale Infrastruktur, Sprache und Bildung, Qualifizierung und Arbeitsmarkt, Partizipation und bürgerschaftliches Engagement gehören hierbei zu den zentralen Themen. Aber auch der Dialog zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft wird immer wichtiger, ist doch die Haltung gegenüber Geflüchteten in unseren Stadtgesellschaften nicht durchweg von Offenheit und Hilfsbereitschaft bestimmt. Mancherorts fallen rechtspopulistische Stimmungsmache und Mobilisierung mittlerweile stärker ins Gewicht, auch der Zuspruch zu islamfeindlichen und nationalistischen Positionen wächst. Teile der Mehrheitsbevölkerung kommen mit diesem vielfältigen Deutschland nicht zurecht, fühlen sich fremd und schalten auf Abwehr. Für den Zusammenhalt vor Ort ist es daher bedeutend, den Dialog zu suchen, die Stadtgesellschaft für die notwendigen Integrationsleistungen zu sensibilisieren und gemeinsam zu verhandeln, wie ein Zusammenleben in Vielfalt gelingen kann. Dabei geht es um Fragen von Teilhabe, Partizipation, Chancengerechtigkeit und Zugehörigkeit.

Perspektiven verändern

Die Bemühungen vor Ort sollten insgesamt von einem integrationspolitischen Verständnis geleitet sein, das auf einen gleichberechtigten Zugang zu zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens abzielt. Ein rein defizitorientierter Zielgruppenansatz ist hierbei zu vermeiden. Vielmehr gilt es, die Kompetenzen und Fertigkeiten der Menschen in den Fokus zu rücken und entsprechend nicht nur die Probleme, sondern auch jene Potenziale zum Ausgangspunkt von Maßnahmen zu machen. Genauso braucht es eine diversitätsbewusste Perspektive. Migrantengruppen werden oftmals als eine in sich geschlossene, gleichförmige kulturelle Einheit angesehen. Innerhalb der einzelnen Gruppen besteht aber eine außerordentliche Diversität hinsichtlich sozialer Lage, Bildung, familiärer Situation,

Lebensstil, religiöser Bindung, Aufenthaltsstatus oder sonstiger Merkmale. Strategien und Maßnahmen zur Integration müssen dies berücksichtigen und sich an der tatsächlichen Vielfalt orientieren. Integrationspolitisches Handeln sollte sich zudem nicht nur einseitig auf Migranten beziehen, sondern Teilhabemöglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger eröffnen, sodass insgesamt ungleiche Zugangschancen und strukturelle Ausschlüsse aufgehoben werden.

Neue Strategien entwickeln

Das Thema Migration und Integration bringt also eine Fülle von Aufgaben für unsere Städte und Gemeinden mit sich, stellt immer wieder neue Anforderungen und verlangt ständig das Überprüfen bestehender Perspektiven und Strategien. Um die aktuellen Aufgaben zu lösen und die sich bietenden Entwicklungsmöglichkeiten auszuschöpfen, gilt es, das Wissen und die Instrumente der integrierten Stadtentwicklung zu nutzen, vorhandene Ansätze weiterzuentwickeln, aber auch neue Wege zu gehen.

Im aktuellen Projektauftrag „Stadtentwicklung und Migration“ hat die Nationale Stadtentwicklungspolitik zehn Pilotprojekte ausgewählt, die sich mit der Integration von Zugewanderten im Rahmen integrierter Stadtentwicklung auseinandersetzen und hier innovative Ansätze erproben. Die Pilotprojekte verteilen sich über ganz Deutschland, umfassen Städte verschiedener Größenordnung und liegen zugleich in unterschiedlichen Räumen – angefangen bei der Metropolregion bis hin zum ländlichen Raum. Sie alle stoßen Planungsprozesse an, in denen strategische Konzepte aufgestellt, Handlungsprogramme und Projekte zur Integration entwickelt und erste Umsetzungsschritte gegangen werden. Die Pilotprojekte gehen dabei auf eine Vielzahl städtischer Handlungsfelder ein (z. B. Wohnen, Infrastruktur, Bildung, Arbeit, Partizipation, Zusammenleben), verfolgen hier eine integrierte Betrachtung und nehmen die gesamte Stadt mit ihren Quartieren zum Ausgangspunkt ihres Ansatzes. Allen Pilotprojekten ist gemeinsam, dass Stadtentwicklung als eine Gemeinschaftsaufgabe verstanden wird. Sie arbeiten bei ihren Vorhaben mit verschiedenen Verwaltungseinheiten zusammen, vernetzen sich mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, binden die Bürgerschaft über Dialogprozesse ein und regen zu Eigeninitiative und Selbstorganisation an. Immer auch ist es das Ziel, die Zugewanderten aktiv einzubeziehen, ihre Kompetenzen und Potenziale für die Gestaltungsprozesse vor Ort zu nutzen und somit eine Perspektive einzunehmen, die Migration als Ressource der Stadtentwicklung versteht.

Wenngleich die Pilotprojekte ihre jeweils eigenen inhaltlichen Akzente setzen, so eint sie doch die Suche nach tragfähigen Lösungen, die Integration, Teilhabe und ein gutes Zusammenleben in unseren sozial und kulturell vielfältigen Stadtgesellschaften befördern.

10 Jahre Nationale Stadtentwicklungspolitik

Wirkungen und Impulse der Pilotprojekte

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik ist seit 10 Jahren Impulsgeber für Städte und Gemeinden in Deutschland. Gerade die Pilotprojekte spielen dabei eine besondere Rolle: zwischen forschungsbetonten Modellvorhaben und guter Praxis haben sie eine wichtige Funktion als Schrittmacher für ungewohnte Ansätze und neue Lösungen. Gerade zivilgesellschaftliche Akteure haben die Unterstützung als Pilotprojekt immer wieder genutzt, um aus ihren Ideen konkrete Projekte zu machen und strategische Allianzen für die aktuellen Fragen der Stadtentwicklung zu schmieden. Die folgenden Statements zeigen aus den unterschiedlichen Perspektiven von Projektmachern, Wissenschaftlern, Verwaltung und weiteren Begleitern, welche Impulse für eine soziale und nachhaltige Stadtentwicklung von den Pilotprojekten ausgehen.

„Schon die Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt von 2007 betont die Funktion unserer Städte für den sozialen Ausgleich in der Gesellschaft und lenkt den Blick auf benachteiligte Stadtteile. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik setzt diese Ziele in enger Partnerschaft mit Ländern und Kommunen um. Das Programm Soziale Stadt und seit kurzem auch der Investitionspakt zur sozialen Integration sind wesentliche Elemente dabei. Die Pilotprojekte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik sind unsere urbanen Labore, die uns über ihre experimentelle Ausrichtung neue Lösungswege und Ideen erschließen können. Dies erhoffen wir uns auch von den laufenden Projekten zum Thema Stadtentwicklung und Migration.“

Anke Brummer-Kohler

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Abteilungsleiterin Stadtentwicklung, Wohnen, öffentliches Baurecht



Foto: BMUB

„Bereits die Leipzig Charta stellt fest, dass alle Dimensionen einer nachhaltigen Entwicklung gleichzeitig und gleichgewichtig zu berücksichtigen sind. Hierzu zählen neben wirtschaftlicher Prosperität und einer gesunden Umwelt insbesondere auch der soziale Ausgleich sowie der Umgang mit Migration. Nutzungsmischung und soziale Vielfalt sind sich stetig ändernde Parameter, bleiben aber gerade deswegen ein wichtiger Bestandteil der integrierten Stadtentwicklungspolitik. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik fungiert hierfür als Plattform für einen interdisziplinären Dialog. Sowohl als Impulsgeber als auch als Multiplikator erfüllt sie eine wichtige Schnittstellenfunktion zwischen den fachlichen und staatlichen Ebenen.“

Hilmar von Lojewski

Leiter des Dezernats Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Verkehr, Deutscher Städtetag



Foto: Deutscher Städtetag/
David Auserhofer

„Migration und Integration sind Themen, die für unsere Zukunft elementar sind. Es sind gerade die kleinen und mittleren Städte, die gute Voraussetzungen für eine gelungene Integration in die Stadtgesellschaft mitbringen. Dank der Unterstützung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik dürfen wir innovative Lösungen erproben. Wir wollen unsere neuen Nachbarn für die Altstadtkerne begeistern, sie anleiten, Fachwerk selbst zu sanieren und ihren Familien so ein neues Zuhause „mittendrin“ zu schaffen. Gemeinsam mit Akteuren der Bauinnung, der AG Deutscher Fachwerkstädte und mit Unterstützung durch die Nationale Stadtentwicklungspolitik wollen wir so Menschen mit Migrationshintergrund Ausbildung und Zukunft geben und zugleich für unser bauliches Erbe begeistern: Die Baustelle als Ort der Begegnung, des Miteinanders und des Lernens. Unsere Innenstädte werden so noch bunter und lebenswerter, als sie es ohnehin schon sind!“

Alexander Heppe

Bürgermeister der Kreisstadt Eschwege, Standort des Pilotprojekts Fachwerktriennale



Foto: Doris Büschel



Foto: Simeon Johnke Fotografie

Als Pilotprojekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik experimentieren wir in dem Feld „Neue Orte des Zusammenlebens“. Wir arbeiten an einer „Sozialen Stadt von unten“ gemeinsam mit den Bewohnern vor Ort. Die Zusammenarbeit mit Geflüchteten ist wesentlicher Bestandteil unserer Arbeit. Wir organisieren persönliche Begegnungen zwischen alteingesessenen Anwohnern und Geflüchteten, um ein Kennenlernen möglich zu machen und Barrieren zu überwinden. Im Rahmen des Pilotprojektes haben wir die Möglichkeit, neue niederschwellige Angebote zu entwickeln, die ganz nah an den Bedürfnissen der Menschen sind. Dazu braucht es kontinuierliche Präsenz, Offenheit und Beharrlichkeit und das Bewusstsein, dass Integration mit kleinen Erfolgen beginnt.

Sandra Engelhardt

Urban Lab Nürnberg, Projektleiterin des Pilotprojekts „Stadt auf Rädern“



Foto: K. J. Beckmann

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik hat sich in den letzten Jahren durch Anstöße und Beiträge zur Lösung neuer und veränderter Probleme der Städte aller Größe besonders bewährt. Vor allem Projektauftrufe zu aktuellen Themenfeldern – wie z. B. der aktuelle Aufruf „Stadtentwicklung und Migration“ – haben große Innovationswirkungen. Danach wird in die kommunale Praxis „hineingehört“ und es werden innovative Projekte angestoßen, begleitet und gemeinsam von Bund, Ländern und Gemeinden ausgewertet. Sie dienen dem Erfahrungsaustausch unter den Städten und Gemeinden. Auch die Weiterentwicklung des Rechtssystems im Bau-, Planungs-, Umweltrecht oder von Förderprogrammen profitiert davon. Die Aktivitäten der Nationalen Stadtentwicklungspolitik dienen somit auch der Fortentwicklung der Städtebauförderprogramme wie „Soziale Stadt“, „Stadtumbau“ u. a., finden aber auch Eingang in die deutschen Beiträge zu internationalen Strategien und Programmen wie „New Urban Agenda“, „Smart City“ und „LEIPZIG CHARTA“. Die hohe Wertschätzung artikulieren alle Mitglieder des Kuratoriums der Nationalen Stadtentwicklungspolitik sehr dezidiert.

Prof. Dr. Klaus J. Beckmann

Präsident der Akademie für Raumforschung und Landesplanung ARL a. D., Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Urbanistik (difu) a. D.



Foto: Anita Schepp

„In der Planungspraxis werden die Zusammenhänge zwischen Bildung und Stadtentwicklung spätestens im Zuge des seit 1999 bestehenden Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“ wahrgenommen. Das Handlungsfeld Schule und Bildung im Quartier bildet in über der Hälfte der beteiligten Kommunen einen Schwerpunkt und das vielerorts eingerichtete „Quartiersmanagement“ kann als bereits etablierte Kooperation zwischen Planung und Pädagogik angesehen werden. Die Verknüpfung von Bildung und Stadtentwicklung wurde auch durch Pilotprojekte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik thematisiert. Die Projekte verdeutlichen, dass Bildungseinrichtungen den Stadtteil prägen und Bildung ein essentieller und strategischer Bestandteil guter Stadtentwicklung sein kann. Die Auseinandersetzung um (Aus-)Bildung verbindet nicht zuletzt die Hochschulen der Planungsstudiengänge: In der konkreten Kooperation im Rahmen der Hochschultage wie auch der Winter- und Sommerschulen werden der fachliche Nachwuchs an die Praxis herangeführt und über die eigene Institution hinaus inter- und transdisziplinär von den Denkweisen und Fähigkeiten der anderen profitiert.“

Prof. Dr. Angela Million

Leiterin des Fachgebietes Städtebau und Siedlungswesens des Instituts für Stadt- und Regionalplanung an der TU Berlin



Gestalte Deine Stadt Osnabrücks Zukunft kennt keine Herkunft

Die Zukunft gemeinsam entwickeln – mit dem Stadtentwicklungskonzept „Gestalte Deine Stadt“ macht sich Osnabrück auf den Weg, Zugewanderte stärker in kommunale Dialoge zur Zukunft der Stadt einzubinden und ihre Kompetenzen für die gesellschaftliche, bauliche und wirtschaftliche Entwicklung zu nutzen. Seda Rass-Turgut und Dr. Claas Beckord von der Stadtverwaltung Osnabrück haben uns hierzu einige Fragen beantwortet.

■ *Sie sind eine Kommune mit vielfältigen Erfahrungen in der kommunalen Integrationspolitik. Welche Strukturen und Ansätze haben Sie bereits in Osnabrück geschaffen?*

Seda Rass-Turgut: Das Thema Integration ist natürlich nicht erst seit der sogenannten Flüchtlingskrise entstanden, sondern seit 30 bis 40 Jahren in der Kommune relevant. Knapp 30 Prozent aller Einwohnerinnen und Einwohner in Osnabrück haben einen Migrationshintergrund, bei den Kindern sind wir schon bei fast über 50 Prozent. Gleichzeitig haben wir seit 2013 fast 4.000 Geflüchtete aufgenommen und festgestellt, dass man nicht darauf warten darf, ob die Asylverfahren positiv oder negativ entschieden werden. In Osnabrück versuchen wir, Integration von Anfang an zu gewährleisten – ungeachtet mancher Bundes- und Ländervorgaben. Dazu gehört auch, dass Flüchtlinge Deutsch lernen – egal aus welchem Herkunftsland, dass sie dezentral wohnen und dass sie von Ehrenamtlichen begleitet werden. Dafür hat unser Oberbürgermeister Wolfgang Griesert vor zwei Jahren einen „Koordinierungsstab Integration“ ins Leben gerufen. Alle Verwaltungseinheiten, die direkt oder indirekt mit Migration zu tun haben – von der Ausländerbehörde über die Sozialverwaltung, Kulturabteilung, Sport, aber auch Jobcenter und Arbeitsagentur – sind dabei. Im Rahmen dieses Koordinierungstabes ist ebenfalls die Datenbank Migration entstanden, wo wir die Daten der Ausländerbehörde, Sozialverwaltung, Schulverwaltung, Jugendverwaltung georeferenziert verknüpfen. Daneben versuchen wir, die Angebote der Willkommenskultur in Osnabrück für Flüchtlinge zu öffnen. Letztes Jahr hatten wir eine große Flüchtlingskonferenz mit allen Akteuren vor Ort.

■ *In welchen Bereichen sehen Sie zukünftig die größten Herausforderungen im Umgang mit Migration?*

Dr. Claas Beckord: Im Moment ist bei uns das Thema „bezahlbarer Wohnraum“ eine der größten Herausforderungen. Wir wissen, dass wir bis 2020 mindestens 3.000 neue Wohneinheiten schaffen müssen. Ein weiterer wichtiger Bereich ist das Thema Mobilität. Durch die Erweiterung unserer Kenntnisse und der Integration der Migranten erhoffen wir uns neue Impulse.

Rass-Turgut: Aus migrationspezifischer Sicht ist entscheidend, ob wir es schaffen, das Versprechen „Bildung für alle“ einzulösen. Auch die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen spielt eine ganz große Rolle. Die Aufnahmebereitschaft der Unternehmen ist groß und gleichzeitig sind sie enttäuscht, dass es doch nicht so schnell geht.

■ *Bei Ihrem Pilotprojekt haben Sie eine Allianz zwischen den Aufgaben der Integration und der strategischen Steuerung gebildet. Wie ist es zu dieser Zusammenarbeit gekommen?*

Beckord: Strategische Steuerung ist bei uns ein Projekt der Stadtentwicklung und ergibt sich aus der Definition von acht Zielen, die wir in einem Verwaltungsprozess erarbeitet und mit der Politik abgestimmt haben. Steuerung ist für uns ein sehr kommunikativer Prozess, der versucht, andere zu begeistern, aber gleichzeitig auch uns selber als Stadtentwicklung in die Pflicht nimmt, bestimmte Dinge umzusetzen und sich nicht darauf zu verlassen, dass immer nur andere umsetzen. Insofern waren wir sehr dankbar darüber, dass wir eines unserer strategischen Ziele – dass Osnabrück Vielfalt als Chance begreift – gemeinsam mit der Integrationsbeauftragten

umsetzen können. Hier verbinden wir den strategischen Teil der Stadtentwicklung mit dem operativen Teil. So können wir auch auf Defizite reagieren, dass wir z. B. Migranten für Stadtentwicklungskonzepte bisher nicht gut einbinden konnten.

Rass-Turgut: Integration ist eine freiwillige, keine Pflichtaufgabe – außer den Integrationskursen der Ausländerbehörde. Integration ist aber mehr als nur ein Integrationskurs. Da wir diese Aufgaben in den strategischen Zielen platziert haben, hat das Thema eine ganz andere Gewichtung und Wertigkeit.

Beckord: Wir betrachten das Thema auch als Querschnittsthema in den strategischen Zielen. Wir sagen nicht „es gibt ein Handlungsfeld ‚Flüchtlinge integrieren‘ oder ‚Wohnraum für Flüchtlinge‘ oder ‚Wohnraum für Migranten schaffen‘. Wir sagen: „Osnabrück soll eine lebenswerte Stadt sein“ und meinen das als universelles Ziel für alle hier lebenden Menschen.

■ *Wie wollen Sie dieses Ziel im Projekt erreichen?*

Beckord: Der erste Baustein ist, dass wir mehr Wissen brauchen, um bestimmte Aufgaben besser lösen und auf bestimmte Gruppen besser zugehen zu können. Es geht auch darum, die vielfältigen Lebenseinstellungen und Identitäten zu kennen oder wie und welche Probleme oder auch Räume wahrgenommen werden. Wir wollen die öffentliche Kenntnis über Migration in der Stadt bekannter machen. Das gilt auch für die Potenziale und Beiträge, die Migranten heute schon liefern. Der zweite Baustein ist, dass wir versuchen wollen, Partizipationsformate zu finden, die es uns ermöglichen, stärker mit den Migranten ins Gespräch zu kommen – über Themen der Stadtentwicklung, wie Wirtschaft, Arbeiten, Mobilität, Umwelt, Klima, Bildung, Sprache, Wohnen und Leben. Wir erhoffen uns, dass in diesem Dialog eine ganze Reihe von Ideen entsteht, die wir dann in einem dritten Baustein – „Gestaltung möglich machen“ – mit Migranten und Stadtgesellschaft zur Umsetzung bringen können.

■ *Warum halten Sie einen solchen Ansatz für wichtig?*

Rass-Turgut: Das hat zwei Seiten. Das eine ist die Anerkennungskultur, die Wertschätzung gegenüber den Leistungen der Zugewanderten, das andere das Bewusstmachen von Verantwortung, die Einwanderer tragen, wenn sie in einer Stadt leben. Für uns sind das ganz neue Diskussionen. Wir haben ausgerechnet, wie es wäre, wenn wir keine Migranten hätten, also etwa 50.000 Menschen weniger, das entspricht in Osnabrück sieben Stadtteilen. Natürlich sind die Migranten weder die besseren noch die schlechteren Menschen. Sie haben Potenziale, aber sie haben auch Schwächen, wie andere Menschen auch. Wir wollen zeigen, dass der Migrationshintergrund nur ein Faktor von vielen ist. Wenn wir uns Familien mit Migrationshintergrund angucken, dann unterscheiden sie sich vielleicht gar nicht von einheimischen Familien mit ihren Themen und Problemen.

■ *Wenn Sie auf Ihre langen Erfahrungen im Bereich Migration und Integration blicken, welche Weiterentwicklungen stellen Sie in diesem städtischen Handlungsfeld fest?*

Rass-Turgut: Das ist unterschiedlich. In manchen Bereichen merken wir eine Zurückentwicklung, wenn ich mir die politische

Repräsentanz der Personen mit Migrationshintergrund zum Beispiel im Stadtrat anschau. Gleichzeitig haben wir andere Diskussionsprozesse. Niemand stellt mehr in Frage, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist, niemand stellt in Frage, dass die Personen auch hier bleiben. Auch das Selbstverständnis vieler Migranten hat sich geändert. Sie sind de facto Einwanderer, sie kaufen nun Häuser, sie bleiben hier, sie sterben hier.

■ *Warum ist es Ihnen ein Anliegen, die öffentliche Kenntnis über das Thema Migration, über die Lebenseinstellungen und Bedürfnisse von Migranten sichtbar zu machen?*

Beckord: Als Statistiker möchte ich natürlich gerne gefühltes Wissen durch Fakten ersetzen und möglichst transparent machen, über was wir reden. Zudem glaube ich, dass die Kenntnis über Fakten dazu beitragen kann, Missverständnisse oder auch Vorurteile abzubauen.

Rass-Turgut: Migration ist keine Krise die vorbeigeht, sondern ein Normalzustand. Auch nicht erst seit gestern, sondern schon seit vielen Jahren. Ich glaube, Zahlen alleine sorgen nicht unbedingt für Aufklärung. Deswegen sind die Projekte, die wir machen wollen, sehr wichtig. Meine Erfahrung ist, wenn Menschen sich begegnen, sich kennenlernen, dann sind die Vorurteile meistens sehr gering.

■ *Welchen Mehrwert für die zukünftige Stadtentwicklung erhoffen Sie sich vom Projekt?*

Beckord: Wir wollen die Abwägungsgrundlagen für politische Prozesse breiter gestalten. Wenn wir wie bisher 30 Prozent unserer Stadtgesellschaft in unseren Vorstellungen, Zielen und Planungen nicht repräsentieren können, dann kann politische Entscheidungsfindung nicht zum Wohle aller erfolgen. Ich sehe meine Verpflichtung darin, die Abwägungsgrundlagen so sauber aufzubereiten, dass möglichst alle Menschen in dieser Stadt repräsentiert werden. Wenn wir z. B. feststellen, dass die Wohnanforderungen von Migranten ganz anders sind als die bisher in den Planungsprozessen berücksichtigten Vorstellungen, dann sollte und muss Politik auf so etwas reagieren.

Das Interview führten Meike Heckenroth und Timo Heyn, empirica ag



Foto: Ralf Sabelhaus

Seda Rass-Turgut Stadt Osnabrück, Fachbereich Integration, Soziales und Bürgerengagement, Fachdienstleiterin Integration



Foto: Ralf Sabelhaus

Dr. Claas Beckord Stadt Osnabrück, Referat Strategische Steuerung und Rat, Teamleiter Strategische Stadtentwicklung und Statistik

Familie Mustafa in Bocholt

Von der Erstunterbringung bis zur Integration in die neue Nachbarschaft

Das Ankommen in die neue Stadtgesellschaft erleichtern – mit diesem Ziel vor Augen verfolgt das Pilotprojekt in Bocholt den Ansatz, Geflüchtete im Verlauf ihrer einzelnen Unterbringungsstationen eng zu begleiten und gezielte Unterstützungsangebote bereitzustellen. Die Entwicklungs- und Betriebsgesellschaft der Stadt Bocholt mbH (EWIBO) bezieht neben dem eigenen Immobilienteam und der Sozialbetreuung die kommunalen Ansprechpartner und Ehrenamtlichen intensiv beim Aufbau der Willkommenskultur ein. Familie Mustafa hat bereits zwei der drei Wohnstationen kennengelernt und berichtet von ihren Erfahrungen.

Gemütlich ist es in der 6-Zimmer-Wohnung von Familie Mustafa. Ein großer Esstisch im eigentlichen Flur ist das Herz der Wohnung und bietet neben fünf Schlafzimmern, einem Wohnzimmer, kleiner Küche und Bad Platz für die achtköpfige Familie und ihre Gäste. Familie Mustafa, Vater, Mutter und sechs Kinder im Alter von 7 bis 17 Jahren sind vor mehr als vier Jahren aus ihrer Heimatstadt Daraa in Syrien geflohen. Als früherer Polizist hat Herr Mustafa im Bürgerkrieg – egal auf welcher – immer auf der falschen Seite gestanden. Zunächst hat die Flucht die Familie nach Jordanien gebracht. Von dort ist der Vater mit der damals siebenjährigen Tochter alleine nach Deutschland weitergereist – per Flugzeug in die Türkei und dann über die lange Balkanroute.



Foto: Daniela Schmaut

Deutschland sollte es sein, so Herr Mustafa, denn hier gebe es das, was in Syrien nicht existiert: Sicherheit und Demokratie. Angekommen sind Vater und Tochter in der Erstaufnahme in Dortmund. Nach einem Zwischenaufenthalt in Hamm wurden sie schließlich Ende 2015 als Flüchtlinge Bocholt zugewiesen. Ihre erste Wohnstätte war die ehemalige Grundschule im Stadtteil Holtwick, die aufgrund des großen Bedarfs an Wohnraum binnen eines Tages zu einer Gemeinschaftsunterkunft für rund 60 Geflüchtete umgebaut wurde. Die ehemaligen Klassenräume boten kleine Wohneinheiten für zwei bis drei Familien, zudem ist ein zentraler Essbereich entstanden. Toiletten gibt es im

Gebäude, auf dem Hof stehen zwei Container, in denen sich die Duschen befinden.

Diese Startphase von Herrn Mustafa war geprägt vom Sammeln von Informationen. Sein Antragsverfahren hat er weitgehend selber auf den Weg gebracht. Dabei konnte er auf seine Erfahrungen mit behördlichen Fragen und Verfahren bauen, die er als Flüchtlingshelfer bei zwei Organisationen in Jordanien gesammelt hat. So hat er sich auch zügig um einen Sprachkurs in der Volkshochschule (VHS) bemüht, den er anfänglich zusammen mit seiner Tochter besucht hat. Eine Mitarbeiterin der VHS hat sich dann dafür eingesetzt, dass die Tochter einen Grundschulplatz in einer Integrationsklasse erhält. Die Tochter besucht nun die 3. Klasse und übersetzt mittlerweile in vielen Alltagssituationen für die Familie – bald kann sie in die Regelklasse wechseln. Andere Flüchtlingsfamilien haben Vorkenntnisse wie Herr Mustafa nicht. Deshalb will Bocholt mit seinem im Jahr 2016 von der Stadt Bocholt beschlossenen dreiphasigen Wohnstufenmodell die Situation ankommender Flüchtlinge verbessern. Eine systematische Begleitung der geflüchteten Familien beim Durchlaufen der einzelnen Wohnstufen (Betreutes Erstwohnen, Betreutes Außenwohnen, dezentrales Verfestigungswohnen) soll das Ankommen in der Bocholter Stadtgesellschaft erleichtern. Mit der Umsetzung des Modells wurde die städtische Tochter EWIBO GmbH beauftragt, die dazu eine Abteilung Wohnen/Flüchtlingshilfe eingerichtet hat. Die durch die EWIBO gesteuerte Anmietung von Wohnobjekten und der Zukauf von Wohnungen sowie der Neubau von Wohneinheiten ermöglichen es zudem, die sozialen Lasten der Integrationsbemühungen über das gesamte Stadtgebiet gleichmäßig zu verteilen und Vermieter und Nachbarschaften gezielt einzubinden. Gemeinschaftseinrichtungen wie die ehemalige Grundschule bilden die 1. Wohnstufe (Betreutes Erstwohnen) für zugewiesene Flüchtlinge in Bocholt. Dort findet auch die Kontaktaufnahme der Sozialbetreuung statt. In der zweiten Bocholter Wohnstufe (Betreutes Außenwohnen) mietet die EWIBO eine Wohnung an,



bietet weiterhin regelmäßige Sozialbetreuung und arbeitet mit ehrenamtlichen Integrationspaten zusammen, die sich ebenfalls um Geflüchtete kümmern. Um von der ersten zur zweiten Wohnstufe zu kommen, müssen die Flüchtlinge bestimmte Kriterien erfüllen. Die formale Bleibeperspektive für diejenigen, die noch in dem Antragsverfahren sind, spielt eine Rolle, aber ebenso die Einschätzungen der Sozialbetreuung. Dabei wird beurteilt, ob die Personen oder Familien in das neue Wohnumfeld passen oder ob die Wege z. B. zu den bereits besuchten Schulen und damit zu den entstandenen Kontakten möglichst kurz sind. Beispielhaft für die praktische Wohnfähigkeit auf dem Wohnungsmarkt steht das Verständnis für Mülltrennung, das ebenfalls vermittelt wird. Die EWIBO hat für alle diese Fragen und Aufgaben eine Checkliste entwickelt („Wohnraumcheck“), in die zudem die Einschätzungen und Erfahrungen der ehrenamtlichen Paten einfließen. Das Management des Wohnraums der zweiten Wohnstufe – Wohnungsakquise, Anmietung, Vermittlung und Umzug – erfolgt durch das seit dem 01.01.2016 bestehende Immobilienteam der EWIBO. Allein in den ersten Monaten nach Übernahme der Aufgabe von der Stadt, hat das fünfköpfige Team rund 60 Personenumzüge im Monat gemanagt. Davon hat auch Familie Mustafa profitiert: Nach etwa sechs Monaten konnten Herr Mustafa und seine Tochter von der Gemeinschaftseinrichtung in eine von der städtischen Tochter EWIBO angemietete Wohnung ziehen. Diese haben sie sich mit einer dreiköpfigen afghanischen Familie geteilt, die in dem gemeinsamen Jahr zu wichtigen Wegbegleitern und Freunden geworden sind.

Von Beginn an war es das Ziel von Herrn Mustafa, nach seiner Anerkennung seine Frau und die weiteren fünf Kinder nach Bocholt zu holen. Kontinuierlich hat er hierfür mit Unterstützung der Sozialbetreuung die erforderlichen Papiere organisiert. Nach fast eineinhalb Jahren der Trennung, konnten seine Frau und die Kinder im Dezember 2016 per Flugzeug aus Jordanien nachreisen. Um von Beginn an zusammen wohnen zu können, hat die EWIBO den Rückzug von Herrn Mustafa und seiner Tochter in die Gemeinschaftseinrichtung in Holtwick organisiert. Erneut wurde die Familie in der 1. Wohnstufe untergebracht. Ein Zuzug in die angemietete Wohnung der 2. Wohnstufe war aufgrund der Wohnungsgröße nicht möglich.

Die Sozialbetreuung und das Wohnungsteam sehen es aber auch als sinnvoll an, zunächst die ganze Familie kennen zu lernen. So konnte geklärt werden, welche Schulen für die Kinder in Frage kommen und welche Wohnkonstellation vor Ort – dazu gehört auch die Vermeidung möglicher Konfliktnachbarschaften – geeignet ist. Hier hilft die bereits erwähnte Checkliste. Da alle Voraussetzungen der Familie Mustafa positiv waren, konnte der Familie bereits nach drei Wochen eine von der EWIBO angemietete Wohnung angeboten werden, in der die Familien seither lebt.

Der Übergang in die 3. Wohnstufe des Bocholter Modells (Verfestigungswohnen: dezentrale Wohneinheit) ist schließlich die Anmietung einer Wohnung durch die Familie selber. Dies kann entweder ein Umzug sein oder auch die Übernahme des Mietvertrages von der EWIBO, die sich dann als „Durchlauferhitzer“ für den Übergang aus einer Gemeinschaftsunterkunft oder des Betreuten Außenwohnens auf den freien Wohnungsmarkt versteht. Diese „Durchlauferhitzer“-Funktion braucht es, weil viele Vermieter skeptisch sind, eine Flüchtlingsfamilie direkt als Mietvertragspartner zu akzeptieren. Der Umweg über die Anmietung durch die EWIBO, auch mit der Möglichkeit eines Mieterwechsels, falls es in der nachbarschaftlichen Konstellation nicht klappt, schafft damit die gewünschte Praxiserfahrung für viele Vermieter. Ein weiteres Plus ist die garantierte Sozialbetreuung der Mieter durch die EWIBO.

Seit Ende Januar 2017 sind alle Familienmitglieder anerkannte Flüchtlinge. Die Kinder besuchen Integrationsklassen in einem Berufskolleg, in einem Gymnasium und in einer Grundschule. Unterstützt wird die Familie weiterhin durch die Sozialbetreuung sowie eine ehrenamtliche Integrationspatin des ehrenamtlichen Arbeitskreises Asyl, die z. B. den Kontakt zu den Schulen hält und die Kinder bei Hausaufgaben oder Freizeitaktivitäten unterstützt. Frau Mustafa beginnt im Frühjahr einen Sprachkurs und Herr Mustafa bereitet sich auf die Führerscheinprüfung vor, da sein syrischer Führerschein in Deutschland nicht akzeptiert wird. Auch sein beruflicher Hintergrund wird nicht anerkannt und für eine erneute Ausbildung als Polizist in Deutschland ist er bereits zu alt. Mit dem Führerschein hofft er, sich als Kraftfahrer weiterzubilden oder als Busfahrer, wenn sich die Chance bietet – es bleibt abzuwarten, was die Zeit bringt. Im Moment ist die Wohnsituation für die achtköpfige Familie zufriedenstellend, trotz der kleinen Küche, wie Frau Mustafa als gelernte Köchin bedauernd feststellt.

Auf die Frage, was aus seiner Sicht für die Integration in Deutschland wichtig ist, antwortet Herr Mustafa, dass es erstens um die Sprache und zweitens um die Arbeit geht. Wenn er Deutsch besser sprechen und verstehen kann und eine Arbeit gefunden hat, wird er auch das Gefühl haben, endgültig in Bocholt angekommen zu sein. Und vielleicht erfüllt sich dann ebenso der Traum der Familie, in einem Einfamilienhaus in Bocholt zu leben. Auch dabei – lacht er – kann die EWIBO als mittlerweile wichtigster Ansprechpartner bestimmt helfen...

Eine Kleinstadt, die alles bietet... Daheim in Pegnitz!

Auch in der Kleinstadt Pegnitz mit knapp 13.500 Einwohnern sind Fragen rund um das Thema Integration durch starke Zuwanderung immer komplexer geworden. Um mit einer gesamtstädtischen Strategie dem demographischen Wandel einer Kleinstadt im ländlichen Raum entgegenzuwirken, soll das Haus der Integration Unterstützung bieten – als Anlaufstelle für alle Fragen und als Schnittstelle für Freizeit-, Job- und Wohnangebote. Neben Migrantinnen und Migranten stehen die Angebote und Aktivitäten für die gesamte Stadtgesellschaft offen: Jeder kann mitwirken – alle sind willkommen. Schon jetzt sind sich die Akteure vor Ort über die Bedeutung ihres zukünftigen Integrationshauses einig.

Stimmen aus Pegnitz:

In einem „Integrationshaus“ treffen wir auch deutsche Leute und wir können sie kennen lernen. Die deutschen Leute helfen uns und wir können zusammen Deutsch lernen. Manchmal sind wir traurig und es ist gut, wenn wir etwas zu tun haben.

Mohammed Alouz / Syrien, seit 16 Monaten in Pegnitz



Foto: Veronika Kobert

Für mich wird es ein Ort gemeinsamer Aktivitäten von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, für die bislang der passende Raum gefehlt hat. Wir vom Unterstützerkreis Pegnitz e. V. sind gern mit Angeboten dabei: egal ob Sprache und Lernen, kulturelle Begegnung, praktische Alltagshilfen oder Koordination. In Pegnitz kann man Ankommen.

Susanne Bauer, Mitgründerin und im Vorstand des Unterstützerkreises Pegnitz e. V., seit 15 Jahren in Pegnitz



Foto: Christian Schranner

Das Integrationshaus soll als erste Anlaufstelle für Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund dienen. Ich wünsche mir, dass dieses Haus zu einem Ort wird, an dem Menschen unterschiedlichster Nationalität, Kultur und Religion aufeinander zugehen, voneinander lernen, gemeinsame Ideen entwickeln und verwirklichen.

Veronika Kobert, Integrationsbeauftragte, 2001–2002 und seit 2012 in Pegnitz



Foto: Hans Pastyrik

Von dem Projekt erwarte ich eine nachhaltige Integration aller Menschen mit Migrationshintergrund in das hiesige städtische Leben und eine Heranführung an die Stadtgesellschaft. Ich bin überzeugt, dass eine Kleinstadt, die alles bietet, eine erfolgreiche Integration leichter ermöglichen kann als eine Metropole, wo immer die Gefahr besteht, dass die verschiedenen Nationen „unter sich“ bleiben. Integration funktioniert im Kleinen erfolgreicher als im Großen. Unsere Stadt wie unser Land hat bisher von seiner Weltoffenheit profitiert.

Uwe Raab, Erster Bürgermeister der Stadt Pegnitz, seit 51 Jahren in Pegnitz



Foto: Gerhard Schoenauer

Das Projekt ist für mich zukunftsweisend, weil sehr viele Institutionen aus unserer Stadt beteiligt sind. So kommen wir unserem Ziel nahe, die Geflüchteten in Pegnitz zu integrieren. Die Kirchen und die Diakonie haben zum Gelingen einen großen finanziellen Beitrag zu Verfügung gestellt.

Dr. Gerhard Schoenauer, Dekan des Dekanatsbezirktes Pegnitz, seit 18 Jahren in Pegnitz



Foto: Stadt Pegnitz

Integration von Geflüchteten

Erfolgsfaktoren aus kommunaler Sicht

Anfang und Ende 2016 hat das DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration zwei Online-Befragungen auf kommunaler Ebene durchgeführt. Dabei wurden die Verantwortlichen für die kommunale Flüchtlings- und Integrationspolitik um ihre Einschätzung gebeten, wie ihre Stadt, ihr Landkreis oder ihre Gemeinde die mit der starken Zuwanderung von Flüchtlingen verbundenen Herausforderungen bewältigt hat. Im Folgenden wird zusammengefasst, welchen Aufgaben, Ressourcen und Unterstützungsbedarfen aus ihrer Sicht eine besondere Bedeutung zukommt und wie weitere Entwicklungsschritte eingeschätzt werden.

Die Kommunen haben die mit der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen verbundenen Aufgaben und Herausforderungen nach eigener Einschätzung bisher sehr gut oder gut gemeistert. Zentrale Erfolgsfaktoren sind dabei die Leistungsfähigkeit der Kommunalverwaltung, die positive Grundstimmung der Bevölkerung, das starke freiwillige Engagement für Flüchtlinge sowie eine gute Vernetzung der relevanten Akteure in den Kommunen. Im starken zivilgesellschaftlichen Engagement sehen die befragten Kommunen eine zentrale Ressource für die Bewältigung der mit der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen verbundenen Herausforderungen. Das Engagement für Flüchtlinge in der lokalen Bevölkerung wird von 60 Prozent der Kommunen im Dezember 2016 immer noch als sehr hoch oder hoch eingeschätzt.

Aus Sicht der Kommunen müssen diese bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen vielfältige Aufgaben bewältigen, die sich vor allem auf die Geflüchteten selbst, aber auch auf die lokale Gesellschaft beziehen. Die Schaffung von Zugängen zum Arbeitsmarkt, die Bereitstellung von Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungseinrichtungen sowie Sprachkurse sind dabei Themen, die im Laufe des Jahres 2016 am stärksten an Bedeutung gewonnen haben. Bei der Bewältigung von Aufgaben und Herausforderungen können die Kommunen auf eigene Ressourcen zurückgreifen. Die größte Bedeutung wird dabei von den Befragten den eigenen Bürgerinnen und Bürgern zugeschrieben. Erst dann folgen Kommunalverwaltung, lokale Kooperationsbeziehungen und Kontextfaktoren (Arbeits- und Wohnungsmarkt, Bildungs- und Gemeinschaftseinrichtungen).

Um die Aufnahme und Integration von Geflüchteten auf Dauer erfolgreich bewältigen zu können, benötigen die Kommunen eine starke Unterstützung durch Bund und Länder. Zu den besonderen Bedarfen gehören eine bessere Koordination der Flüchtlingspolitik auf allen Ebenen, eine auskömmlichere Erstattung der Kosten sowie der Ausbau von Sprach- und Integrationskursen. Gewachsen sind die Unterstützungsbedarfe von Kommunen im Jahr 2016 insbesondere in den Bereichen Sprachförderung, Bildungseinrichtungen und Arbeitsmarkt.

Als zentrale Elemente einer Weiterentwicklung der kommunalen Flüchtlings- und Integrationspolitik werden von den Kommunen Kooperation und Vernetzung, ressortübergreifendes Handeln sowie strategische Orientierung genannt. Dabei haben Fragen der Steuerung durch Verankerung von Flüchtlings- und Integrationspolitik als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe in der Verwaltung sowie die Integration von Geflüchteten als gemeinsame Aufgabe von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und zivilgesellschaftlichen Akteuren im Laufe des Jahres 2016 stark an Bedeutung gewonnen.



Foto: Foto Kirsch

Dr. Frank Gesemann
DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration

Literaturtipps zum Thema

Gesemann, Frank; Roth, Roland 2016: Kommunale Flüchtlings- und Integrationspolitik. Ergebnisse einer Umfrage in Städten, Landkreisen und Gemeinden. Berlin.

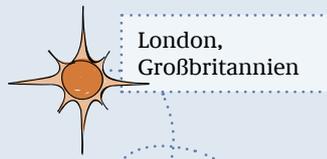
Gesemann, Frank; Roth, Roland 2017: Erfolgsfaktoren der kommunalen Politik für Geflüchtete. Gutachten für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin.

ILS - Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH (Hg.) 2016: Gelingende Integration im Quartier. Dortmund.

Schiffauer, Werner; Eilert, Anne; Rudloff, Marlene (Hg.) 2017: So schaffen wir das. Eine Zivilgesellschaft im Aufbruch. 90 wegweisende Projekte mit Geflüchteten. Bielefeld: transcript.

Fuhrhop, Daniel 2016: Willkommensstadt. Wo Flüchtlinge wohnen und Städte lebendig werden. München.

Piloten, Satelliten und Sterne Das Projekt-Universum „Stadtentwicklung und Migration“



London,
Großbritannien



Kopenhagen,
Dänemark

Vernetzung gestalten in Bocholt

- Willkommenskultur nachhaltig stärken – Ehrenamtliches Engagement vor Ort in themenbezogenen Arbeitsgruppen zusammenführen
- Konkrete Angebote zum Ankommen entwickeln – Fußball Akademie, Begegnungshaus und mehr
- Geflüchtete begleiten – von der Erstunterbringung bis zur Integration in Nachbarschaften

Toronto,
Kanada

Arrival Hanau – Ankommen in der Metropolregion gestalten

- Planen für die Arrival City – Erarbeitung eines Handlungskonzeptes „Ankunftsstadt“
- Flexibel reagieren, neue Nutzungskonzepte umsetzen – Pop-up-Wohnen oder urbane Gärten auf Konversionsflächen erproben
- Strategische Blaupause für Ankunftsstadt entwickeln – Ansätze aus Hanau in die Region übertragen

Kaiserslautern – Integration findet Stadt

- Im Dialog zum Erfolg – Bürgerschaft wird durch verschiedene Beteiligungsformate selbst zum Akteur und gestaltet Integration
- Grundlagen erarbeiten – Quartierstypen ermitteln und ihre spezifischen Integrationsbedarfe und -potentiale systematisieren
- Nachhaltigkeit garantieren – ein Bündnis für Integration begleitet die Erarbeitung des Integrationskonzeptes über das Projekt hinaus

PatchWorkCity – Saarbrücken entwickelt Vielfalt

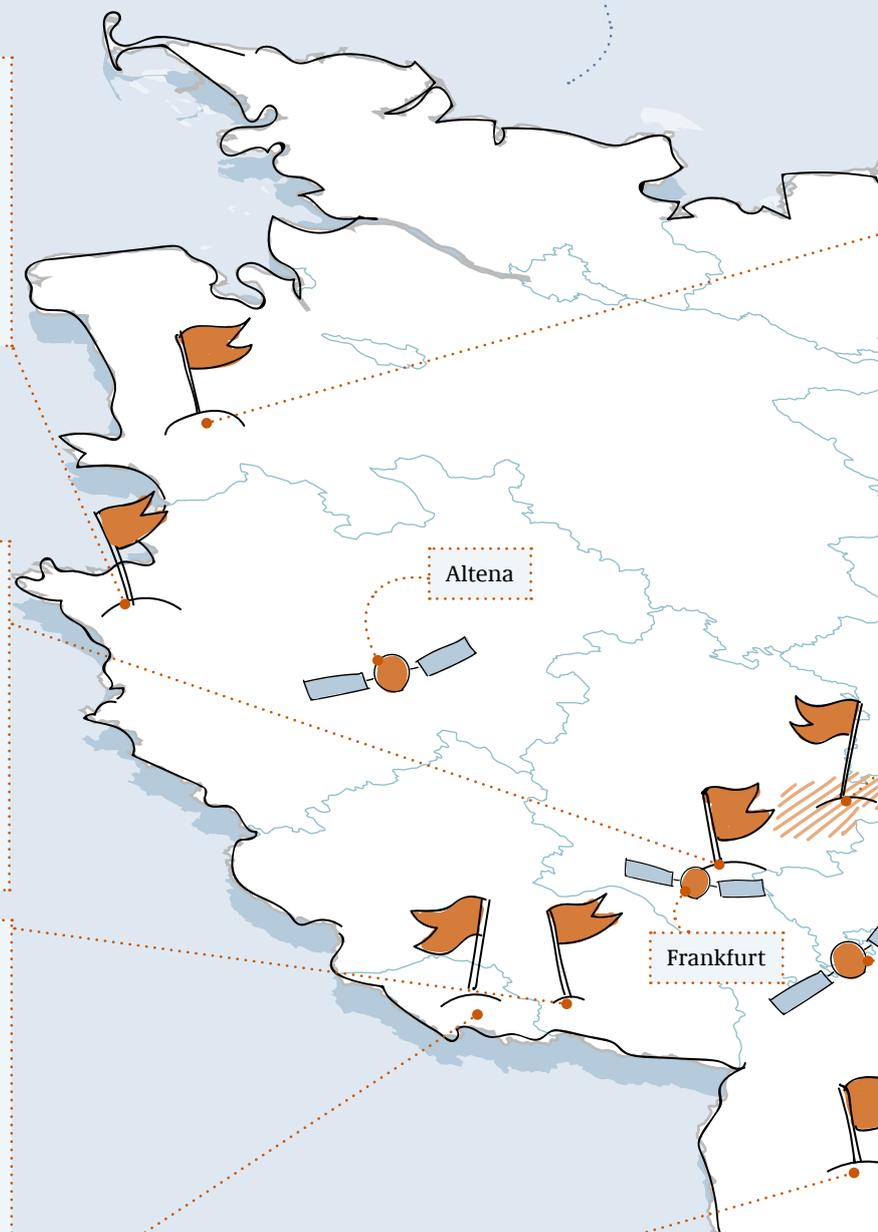
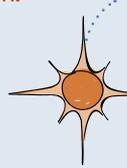
- Fachkonzepte überprüfen – bestehende Konzepte zu Integration und Stadtentwicklung an neue Gegebenheiten anpassen
- Verwaltung sensibilisieren – das Thema Vielfalt über verschiedene Formate verwaltungsintern diskutieren und implementieren
- Erprobung im Quartier – in einem Ankunftsquartier mit der Stadtgesellschaft erarbeitete Maßnahmen umsetzen

Tübingen – Nachbarschaft und Vielfalt: strategische Wohnraumentwicklung für Geflüchtete

- Innovative Wohnraumkonzepte – das Modell der Konzeptvergabe auf die Realisierung von Wohnraum für Flüchtlinge erweitern
- Lebendige Quartiere schaffen – Einbindung der neuen Bauvorhaben und ihrer Bewohner in die jeweiligen Nachbarschaften mit partizipativen Verfahren
- Potenzial „Öffentlicher Raum“ – in Konzepten öffentliche Räume als Orte für ein integratives Miteinander mitdenken

Barcelona,
Spanien

Johannesburg,
Südafrika



Gestalte Deine Stadt. Osnabrücks Zukunft kennt keine Herkunft

- Wissen schaffen – von amtlicher Statistik bis zur Erfassung von Einstellungen und Wertvorstellungen von Migranten
- Begegnung organisieren – Teilhabe eröffnen und das Wissen der Zugewanderten für die zukünftige Stadtentwicklung nutzen
- Gestaltung möglich machen – Projektideen von Migranten gemeinsam mit der Stadtgesellschaft umsetzen

Fachwerktriennale 2019: Integration und Qualifikation von Migranten in Fachwerkstädten

- Ressourcen der Flüchtlinge mit Leerstand zusammenbringen – ländliche Fachwerkstädte werden zum Lebensraum für Migranten
- Qualifizierung ermöglichen – im Bau- und Zimmerhandwerk sollen Flüchtlinge an „Übungsimmobilien“ qualifiziert werden
- Wohnraum schaffen – selbständiges Herrichten von Häusern durch Flüchtlingsfamilien

Leipzig – Integration durch Initiativmanagement

- Gemeinsame Zielrichtung – Ämterübergreifende Zusammenarbeit zur Erarbeitung ganzheitlicher Konzepte
- Quartiere ohne Förderkulisse stärken – Entwicklung neuer Ansätze zum Aufbau integrierender Nachbarschaften in benachteiligten Quartieren
- Netzwerke fördern – Akteure vor Ort sollen durch intensive Kooperationen gestärkt werden

Arrival Stadtland Thüringen

- Ländlicher Raum im Fokus – Aktives Gestalten von Migration als Impuls der integrierten Stadtentwicklung
- Einzelprojekte wirken in die Stadt – in vier Modellstädten sollen Leerstand, neue Nutzer und öffentlicher Mehrwert zusammengeführt werden
- Projekte im Prozess coachen – die IBA Thüringen begleitet die Modellprojekte bei Initiierung und Umsetzung

Daheim in Pegnitz!

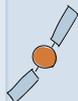
- Vom Einzelprojekt zur Stadtentwicklung – Errichtung eines Integrationshauses als Anlaufstelle für alle rund um das Thema Integration
- Zivilgesellschaft mitnehmen – Akteure vor Ort werden unter Federführung des Bürgermeisters eingebunden
- Mitmachen erwünscht – Aktive Einbeziehung der Stadtgesellschaft, von Neuzugewanderten und Einheimischen, in allen Phasen des Projektes

Mannheim

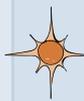
Nürnberg



Pilotprojekte: Neue Wege gehen – Mutige Akteure bei realen Experimenten begleiten.



Satelliten: Erfolge weitergeben und Impulse setzen – Von erfolgreichen Kommunen im Themenfeld Integration und Stadtentwicklung lernen.



Sterne: Über den Tellerrand schauen – Innovative Ansätze im Ausland in den Blick nehmen und als „lessons learned“ in den Prozess einbinden.

Wien,
Österreich

Hume,
Australien

Arrival City – Migration in der Stadtentwicklung

Ein Interview mit Doug Saunders

Doug Saunders veröffentlichte 2011 sein Buch „Arrival City“. Er beschreibt Ankunftsstädte rund um die Welt und will die Perspektive auf Einwandererviertel verändern. Aktuell ist die von ihm inspirierte Ausstellung „Making Heimat. Germany, Arrival Country“ noch im Deutschen Architekturmuseum in Frankfurt am Main zu sehen.



Foto: Doug Saunders

■ Die Biennale-Ausstellung zeigt Deutschland als Arrival Country. Was macht Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern als Arrival Country aus?

Deutschland war und ist ein Einwanderungsland. Aktuell nimmt es sogar so viele Geflüchtete auf wie kaum ein anderes Land in der westlichen Welt. Gleichzeitig investiert der Staat sehr viel Geld und

Aufmerksamkeit in die Unterbringung, Versorgung und die Fortbildung von Flüchtlingen. Das macht Deutschland einzigartig.

■ Sie beschreiben in Ihrem Buch die Migration vom Land in die Stadt. Glauben Sie, dass sich Fluchtmigration hiervon systematisch unterscheidet?

Konfliktmigration funktioniert anders als ökonomische Migration. Wer 3.000 Euro pro Familienmitglied für die Fahrt über das Mittelmeer bezahlen kann, hat meistens Ressourcen. Viele Syrer, die nach Deutschland gekommen sind, haben Berufserfahrung und eine universitäre

Ausbildung. Sie starten ihre Reise nicht so, wie es Immigranten tun, sie hatten keinen sorgfältigen Plan und Verbindungen zu Netzwerken und Menschen vor

Ort aufgebaut. Sie fliehen vor einem Konflikt und kommen mit einer ganz anderen Haltung an – ihr Bleiben ist nicht auf Dauer angelegt. Der beste Weg, um diese Flüchtlinge zu integrieren, ist deshalb, sie so schnell wie möglich zu normalen Wirtschaftsimmigranten zu machen.

■ Nach Ihren Beschreibungen entstehen Ankunftsstadtteile „organisch und selbstbestimmt“. Sind sie auch planbar?

Ankunftsstadtteile entstehen organisch, weil Migranten sich an den Plätzen niederlassen, an denen sie am einfachsten ankommen können. Diese Orte zeichnen sich durch drei Dinge aus: Es gibt bezahlbaren Wohnraum, Beschäftigungsmöglichkeiten und Netzwerke von Menschen, die die gleiche Sprache sprechen und einen ähnlichen kulturellen Hintergrund haben. Bezahlbarer Wohnraum ist noch am ehesten zu vernachlässigen, weil

Migranten einfach zusammenrücken, aber wenn ein Stadtteil nicht die anderen zwei Voraussetzungen erfüllt, wird er als Ankunftsstadtteil scheitern. An diesem Punkt kommen Stadtplaner ins Spiel. Sie sollten Flucht- und Migrationsbewegungen antizipieren und von erfolgreichen Integrationsquartieren lernen.

■ Was kann Verwaltung tun, um das Ankommen vor Ort zu erleichtern?

Es hilft, wenn es in Städten Gebiete gibt, an denen die Flächenutzungsplanung gelockert wird, sodass die Bewohner solcher Stadtteile selber bestimmen können, ob ein bestimmter Ort als Wohnraum, „Suq“, Einzelhandels- oder Gewerbeeinheit genutzt werden soll. Auch Nutzungsmischungen in einem Haus können helfen. Wenn die Nutzung von Orten organisch entsteht, kann Integration viel besser funktionieren und Stadtteile verwandeln sich in attraktive Orte, die Leute gerne besuchen.

■ Unter den aktuellen Pilotprojekten sind ebenfalls Vorhaben, die Arrival im ländlichen Raum gestalten wollen. Was ist Ihre Meinung dazu?

Nicht jede erfolgreiche Zuwanderung ist städtisch. In Deutschland sprechen wir hier über Städte, die sich neue Mitbürger wünschen, weil ihre eigene Bevölkerung altert. Diese Städte müssen sich besonders damit beschäftigen, was ihre lokale Wirtschaft zu bieten hat. Denn Menschen wandern nicht wegen Wohnungen zu, sondern

wegen Beschäftigungsmöglichkeiten. Einfach nur leer stehende Häuser mit Menschen aufzufüllen, wird das Problem nicht lösen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass Zuwanderer eben nicht auf das Land ziehen, sondern in die Städte, in denen bereits ihre Landsleute wohnen. Was aber funktionieren kann, ist die gezielte Suche von Migranten für bestimmte Jobs – wenn z. B. der Besitzer des Dorfladens in Rente geht und es keinen Nachfolger gibt.

■ Wann sind von Migranten geprägte Quartiere erfolgreiche Ankunftsstadtteile?

Ankunftsstadtteile sind erfolgreich, wenn sie es den Flüchtlingen ermöglichen, innerhalb von ein bis zwei Generationen zu erfolgreichen Deutschen innerhalb der eigenen Gemeinschaft zu werden. Dieses Konzept ist manchen Europäern nur schwierig

„The best way to manage refugees is to turn them as quickly as possible into regular economic immigrants.“

zu erklären. Erst bildet sich eine ethnisch homogene Gemeinschaft, um dann Teil der größeren, deutschen Gemeinschaft zu werden. In der ersten Generation Portugiese oder Syrer sein zu dürfen, macht es einfacher, ein echter Bürger zu werden. Nehmen wir z. B. die türkischen Gastarbeiter. Ihre Gemeinschaft wurde lange Zeit als Parallelgesellschaft gesehen. Befördert wurde dies durch die fehlende Möglichkeit der Staatsbürgerschaft bis 2000. Trotzdem sind heute die Kinder und Enkel dieser Türken erfolgreiche Deutsche und teilweise sogar führende Mitglieder der Gesellschaft: Fußballspieler, Fernsehstar oder sogar Parteivorsitzender.

■ *Was kann man tun, damit die etablierten Netzwerke sich stärker öffnen und sich mit neuen verknüpfen?*

Es ist wichtig, Orte der Begegnung zu schaffen. In englischsprachigen Ländern erfüllen Bibliotheken diese Funktion. Manche Menschen mögen zunächst nur wegen des kostenlosen WLANs oder der Computer kommen, nutzen dann die öffentliche Bibliothek aber als Ort, um mit anderen ins Gespräch zu kommen. Gerade weil die Wohnsituation von Zuwanderern und Flüchtlingen oftmals isoliert und beengt ist, nutzen sie solche multifunktionellen Orte als Wohnzimmer.

■ *In der Zuwanderungsfrage ist die deutsche Öffentlichkeit derzeit recht polarisiert. Die Pilotprojekte möchten den stadtesellschaftlichen Dialog befördern. Was raten Sie?*

Die Bevölkerung ist gespalten. Erst dachte man, in Deutschland gibt es eine Willkommenskultur und dann wurde plötzlich jeder wütend und ängstlich. Aber das waren natürlich nicht dieselben Leute. Die Willkommenskultur ist immer noch da. Die Lösung ist, diese Menschen mit den Zuwanderern zu vernetzen. In Kanada wird zum Beispiel jede Flüchtlingsfamilie von einer kanadischen

„Turn these immigrant districts from places that people fear into places that people want to go to.“

Familie protegiert. Es ist fast eine Bürgerpflicht geworden. Man kümmert sich um die Wohnung, findet eine Arbeitsstelle und hilft den Kindern in der Schule. In Deutschland kann diese 1:1-Beziehung nicht funktionieren, weil es viel mehr Flüchtlinge gibt. Trotzdem kann man davon lernen: Bevor man eine große Veranstaltung macht, sollte man eher auf niedrigschwelligem Niveau anfangen.

■ *Können Ankunftsstadtteile die Angst vor Überfremdung nicht auch verstärken?*

Die Frage ist, ob das Gegenteil stimmt, ob die dezentrale Verteilung der Neuankömmlinge diese Angst reduziert. Menschen davon abzuhalten, gemeinsam zu leben, führt dazu, dass die Probleme viel akuter werden. Die Angst vor Ankunftsstadtteilen kann nur überwunden werden, wenn sie sich von gefürchteten in attraktive Orte verwandeln, die Menschen anziehen. Politik

sollte daher Ressourcen für die Existenzgründung bereitstellen. Ein Großteil der Zuwanderer und Flüchtlinge wird nicht Angestellter, sondern Arbeitgeber. Sie

eröffnen kleine Geschäfte oder Restaurants. Menschen bei der Firmengründung zu unterstützen, z. B. über Kredite – das hilft wirklich. Vielleicht kann man auch ein städtisches Budget zur Verfügung stellen, im Sinne von „so kannst du dein kleines Café in ein Brasserie-Style Straßencafé umwandeln, sodass es auch den europäischen Erwartungen an ein Café entspricht.“ Dann sieht man auch das Phänomen wie in Kreuzberg – ein Ankunftsstadtteil wird zum hippen In-Viertel.

Das Interview führten Johanna Neuhoff und Eliza McGownd, empirica ag.

Kommentar aus dem Pilotprojekt „PatchWorkCity“ in Saarbrücken

Doug Saunders hat die Einwanderungsdiskussion mit seinen Überlegungen zu Ankunftsgebieten bereichert. Wir werden deutlich vorankommen, wenn wir akzeptieren, dass diese Gebiete nicht nur Risiken bergen, sondern auch eine integrierende Funktion haben. Planen lassen sich Ankunftsgebiete als Ganzes nicht. Es geht darum, Gebiete, die sich zu Ankunftsorten entwickelt haben, zu stärken und zu stabilisieren. Wie dies gehen kann, ist eine Frage, mit der wir uns im Projekt beschäftigen. Ankunftsgebiete zu stärken, bedeutet nicht, nur etwas für die Einwanderer zu tun, sondern es bedeutet, inklusive Strategien für alle zu entwickeln. Das heißt z. B., Bildungsstandorte so zu entwickeln, dass sie kompetent mit Vielfalt umgehen. Das heißt auch, möglichst viele Orte und Gelegenheiten der Kommunikation und Vernetzung zu schaffen. In Saarbrücken sind das etwa der jährliche Orientalische Markt oder das Flüchtlingsnetzwerk ANKOMMEN. Saarbrücken kann außerdem mit seinen sieben Gemeinwesensprojekten

flexibel auf den Bedarf der Ankommenden reagieren und zwischen den Bewohnergruppen vermitteln. Die Kunst wird immer mehr darin bestehen, Ankunftsgebiete so zu stärken, dass sie Durchgangsquartiere sind für die, die den gesellschaftlichen Aufstieg schaffen, und akzeptable Lebensbedingungen bieten für die, die bleiben. Oder, mit den Worten von Doug Saunders: sie umzuwandeln von Gebieten, die man fürchtet, in Gebiete, die man gerne aufsucht.

Veronika Kabis leitet das Zuwanderungs- und Integrationsbüro der Landeshauptstadt Saarbrücken. Sie ist Mitglied der Projektgruppe „PatchWorkCity – Saarbrücken entwickelt Vielfalt“.



Foto: Andreas Kessler

Arrival Hanau

Ankommen in der Metropolregion

Wie kann der oft genutzte, aber bislang noch vage Begriff der „Ankunftsstadt“ planerisch gefasst werden? Dieser Frage stellt sich das Pilotprojekt aus Hanau, um die Stadt als „Arrival City“ in der Metropolregion Rhein-Main zu qualifizieren. Dazu werden kreative, planerische Instrumente erprobt und gemeinsam mit vielen weiteren Akteuren ein Integriertes Handlungskonzept erstellt.

Die Sonne scheint. Die Aneinanderreihung der Wohngebäude in der ehemaligen amerikanischen Siedlung wirkt ordentlich, sauber, fast ein bisschen steril. Drumherum ein Zaun. Am Ende der Straße steht ein Reisebus. Auch heute kommen wieder Flüchtlinge in der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen in Hanau an. Sie werden gleich aussteigen, sich für die Registrierung anstellen und nach einer Begrüßung auf die Wohnungen verteilt. Im Herzstück der ehemaligen amerikanischen Sportsfield-Kaserne, der Sportsfield Elementary School, ist für alles gesorgt: Es gibt neue Schuhe oder Kleidung aus der ehrenamtlich organisierten Kleiderkammer, Schwangere und Kranke werden im medizinischen Zentrum der Einrichtung versorgt und ein Computerraum ermöglicht die Kontaktaufnahme mit der Heimat. In den kommenden Wochen dürfen die Schutzsuchenden außerdem die Orientierungskurse der Volkshochschule besuchen, für die Kleinsten gibt es ein Kitaangebot und im Außenraum stehen Sportanlagen zur Verfügung. So wird in der Elementary School durch eine Vielzahl von Unterstützern und Ehrenamtlichen ein breites und beispieldurchsetztes Angebot vorgehalten.



Foto: empirica

Direkt daneben liegt die Gemeinschaftsunterkunft der Stadt Hanau. Hier stehen die gleichen Kasernengebäude, zum überwiegenden Teil saniert. Der Alltag ist hier präsenter und die Aneignung der Außenräume weiter fortgeschritten: Kinder fahren Rollerskates, Wäsche hängt von den Balkonen und Fahrräder lehnen an der Hauswand. Auch einen gemeinsam

angelegten Garten gibt es, eine Kleinst-Kita und Beratungsangebote. Doch auch die Gemeinschaftsunterkunft ist nur eine Station auf dem Weg in die Hanauer Stadtgesellschaft.



Foto: empirica

Beide Orte – Erstaufnahmeeinrichtung und Gemeinschaftsunterkunft – sind Orte, an denen Flüchtlinge tagtäglich eintreffen können, aber sind sie auch Ankunftsorte? Wie können durch städtebauliche Gestaltung und neue Nutzungsmöglichkeiten bislang militärisch genutzte Flächen, städtische Brachen und leerstehende Gebäude „lebendige Orte“ des Ankommens werden? Diese Frage ist Ausgangspunkt des Pilotprojektes in Hanau. Gemeinsam mit Partnern aus Wirtschaft, Kultur und Zivilgesellschaft wird ein Integriertes Handlungskonzept für die „Ankunftsstadt“ erarbeitet. Ein Schwerpunkt dieses Konzeptes sollen Konversionsflächen wie die Sportsfield-Kaserne sein, die „Ankunftsorte“ werden sollen. „Wir wollen, dass die Flüchtlinge, die bei uns in Deutschland bleiben dürfen, ein Teil der Stadtgesellschaft werden und hier Zukunftschancen haben“, so Stadtrat Axel Weiss-Thiel. Dazu müssen Integration und Stadtentwicklung ineinander greifen. „Wir wollen nicht warten bis die Probleme da sind, sondern sie durch Stadtentwicklung und Integrationsprozesse vorausschauend lösen“, so der Stadtrat.

Unterstützt wird die Stadt von der NH ProjektStadt GmbH. Sie wird in den kommenden Monaten eine städtebauliche Analyse durchführen, die Konversionspotenziale untersuchen und ein integriertes Konzept auf gesamtstädtischer Ebene erarbeiten.

Zudem sollen Bausteine entwickelt werden, die kleinräumig schnelle und unkonventionelle Lösungen ermöglichen, z. B. Pop-up-Wohnen, die Erprobung von Zwischennutzungen oder die Schaffung von urbanen Gärten. Nach der Implementierung in Hanau soll der Ansatz auf eine kleinere Gemeinde übertragen werden. „Ziel ist es, eine übertragbare Blaupause für Integrierte Handlungskonzepte von Ankunftsstädten zu schaffen“, so Marion Schmitz-Stadtfeld, Leiterin des Fachbereichs Integrierte Stadtentwicklung der Nassauischen Heimstätte/NH Projektstadt. „Wir wollen in dem Projekt ein Pilot-Konzept der Integrierten Flüchtlingsansiedlung erarbeiten, das exemplarisch und generalisierbar für Deutschland ist.“

Beflügelt wurde diese Idee von Doug Saunders Buch „Arrival City“ und den daraus entwickelten Thesen zum deutschen Biennale-Beitrag „Making Heimat“. Im Hanauer Projekt soll nun konkret werden, welche typischen Merkmale ein Ankunfts-ort in Deutschland haben muss und welche Integrations- und Weiterentwicklungspotenziale es gibt. „Doug Saunders Thesen können wahrscheinlich nicht 1:1 auf Hanau und Deutschland übertragen werden, aber sie geben den Anstoß zu einem freien und neuen Denken von Migration in der Stadtentwicklung“, sagt Vera Neisen, zuständige Projektleiterin der NH Projektstadt. Sie muss es wissen: Bereits in ihrer Masterthesis hat sie sich mit dem Thema Arrival City FrankfurtRheinMain beschäftigt. Martin Bieberle, Magistrat der Stadt Hanau und Fachbereichsleiter Planen, Bauen & Umwelt ist es außerdem wichtig, dass die Stadtgesellschaft aktiv in das Projekt eingebunden wird. „Wir wollen das Projekt mit breiter Beteiligung der Hanauer Bürger entwickeln – ob Alteingesessene, ehrenamtlich bereits

Engagierte oder Neubürger. Es soll kein reines Konzept der Verwaltung und Politik entstehen.“ So ist bereits die Begleitung des Projektes durch das funktionierende und breit aufgestellte Netzwerk „Hanau engagiert“ fest eingeplant. Auch die nicht-organisierte Stadtgesellschaft soll mit kreativen Beteiligungsformaten eingebunden werden: einen wichtigen Auftakt bildet ein großes Fest mit Geflüchteten aus Hanau und der Region.



Foto: empirica

Weitere Aktionen sind in Vorbereitung. Die Vision ist klar: Das „Ankommen“ von Flüchtlingen und anderen Migranten-gruppen soll durch entsprechende Wohnangebote, durch Funktionsmischung und innovative städtebauliche Gestaltung von Freiräumen und Gebäuden erleichtert werden. Dabei sind die bestehenden Einrichtungen und die etablierten Netzwerke ideale Voraussetzungen, um Anker von Ankunftsquartieren zu werden.



Foto: empirica

Arrival Stadtland Thüringen

Ankommen im ländlichen Raum

Migration als Treiber der integrierten Stadtentwicklung: Mit dem Projektauftrag „Arrival Stadtland“ hat die IBA Thüringen nach Projektinitiativen gesucht, die exemplarisch das Thema Migration systematisch in die Stadtentwicklung integrieren möchten.

■ *Was bedeutet Arrival Stadtland in ländlichen Räumen?*

Dr. Marta Doehler-Behzadi: Thüringen ist ein kleinteiliger, ländlich geprägter Freistaat, der durch den demografischen Wandel Bewohner verliert. Wohnungsleerstand, eine sinkende Anzahl an Auszubildenden und ein steigender Altersdurchschnitt sind die Folge. Gleichzeitig bietet Thüringen eine gute wirtschaftliche Situation, genug dezentrale Ausbildungs- und Arbeitsplätze sowie überall bezahlbare Wohnungen. Die Frage, die mit Arrival Stadtland verbunden ist, ist deshalb nicht nur die des Ankommens, sondern auch des Bleibens – und zwar nicht nur in den größeren Städten, sondern auch in Klein- und Mittelstädten in peripheren, ländlichen Räumen. Dazu muss es noch mehr geben als Wohnräume und Arbeitsplätze. Die Herausforderung ist, Lebensqualität gemeinsam zu gestalten. Deshalb haben wir den Aufruf „Arrival Stadtland“ gestartet, um Menschen, Ideen und Orte zu finden, die Zuwanderung als Chance begreifen und direkt mitgestalten wollen.

■ *Sie verfolgen vier Modellprojekte. Was soll z. B. in Saalfeld und Erfurt entstehen?*

Dr. Bertram Schiffers: Durch die Stadt und das Bildungszentrum Saalfeld soll auf einer Brache ein Erfahrungsort in Saalfeld-Beulwitz mit überregionaler Ausstrahlung initiiert werden. Der Raum ist geprägt von einfachen Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen und Migranten sowie großen Gewerbebrachen auf einem alten Kasernengelände. Er ist auch Standort der zentralen Gemeinschaftsunterkunft des Landkreises. Der hier geplante „Zwischenraum zum Ankommen“ soll Treffpunkt, Lernort und Werkstatt für Flüchtlinge, für die Nachbarschaft und für Kreative aus der Region sein. Im gemeinsamen Selbstbau werden erst temporäre Strukturen entstehen, die sich mit der Zeit weiterentwickeln und verfestigen sollen. Ziel ist das Erfahren von Selbstwirksamkeit und die Stärkung des Selbstwertgefühls. Mit der Beteiligung an Planung und Bau wird auch die Identifikation mit der Stadt und der Region gestärkt.

Kerstin Faber: In Erfurt entsteht mit dem ‚Wir Labor‘ ein Hausprojekt für Integration und Inklusion. Dazu hat die Stadt mit Plattform e. V. die Entwicklung des Bürohauses in der Vollbrachtstraße 12 vereinbart. Es steht seit einigen Jahren leer, liegt im Norden von Erfurt zwischen Autohäusern und Wohnblöcken

und in direkter Nachbarschaft zu einer Wohnanlage für Flüchtlinge. Hier sollen sich Menschen mit Fluchterfahrung gemeinsam mit Anwohnern und lokalen Betrieben eine eigene Perspektive aufbauen können. Kantine, Werkstatt, Atelier, Büro, Unternehmensgründungen, denkbar ist vieles. Ziel ist es, im Sinne der Flexibilität einer Arrival City einen Ort mit inhaltlicher und baulicher Freiheit zu schaffen, der ein Ankommen und Begegnen ermöglicht.

■ *Was ist Ihre Rolle als IBA?*

Doehler-Behzadi: Die IBA Thüringen betreut den Prozess von der Qualifizierung des Programms, des Akteursnetzwerkes und Entwicklungserfahrens bis hin zur gestalterischen und baulich-räumlichen Umsetzung. Unsere Erfahrungen geben wir in öffentlichen Veranstaltungen, Dokumentationen und Ausstellungen weiter. Zweimal jährlich führen wir ein Netzwerktreffen mit unseren vier Kandidaten durch, um spezielle Themen unter Beteiligung von Experten zu diskutieren. Wir werden dabei von einem landesweiten Partnernetzwerk der IBA Thüringen unterstützt. Darüber hinaus veranstalten wir einmal jährlich eine öffentliche Veranstaltung, um die Erfahrungen aus der eigenen Arbeit auf kommunaler und Landesebene zu diskutieren. Die IBA versteht sich hier als Netzwerker und Wissensvermittler, um die Erfahrungen vor Ort in die Stadtentwicklungspolitik des Landes zu transportieren. Schlussendlich geht es einer IBA um mehr als ‚good practice‘ – es geht um ‚better practice‘ und vor allem ‚new practice‘.

Die Fragen wurden gestellt von Meike Heckenroth und Johanna Neuhoﬀ, empirica ag



Das IBA-Team mit den Akteuren der vier Projekt-Kandidaten

Aus der Krise eine Chance machen!

Projektgespräch zum Thema „Integration und Partizipation von Geflüchteten“



Foto: empirica

Erstmals wurden mehrere Pilotprojekte aus den beiden jüngsten Projektaufufen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik zu einem gemeinsamen Austausch nach Bonn in das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung eingeladen, um über ihre Erfahrungen im Aufgabenfeld Integration und Partizipation von Geflüchteten zu berichten. Bereits im 5. Projektaufuf „Zusammenleben in der Stadt“ waren Vorhaben aus Essen und Nürnberg sowie aus dem Landkreis Lindau ausgewählt worden, die sich drei Jahre lang mit dem Thema beschäftigen. Aus dem 6. Aufuf „Stadtentwicklung und Migration“ nahmen Akteure aus den Pilotprojekten Osnabrück und Kaiserslautern teil. Prof. Dr. Reiner Staubach, der sich in Wissenschaft und Praxis intensiv mit Fragen von Migration und Integration beschäftigt, begleitete die Diskussion als Experte.

Die präsentierten Projektansätze waren von ihrer inhaltlichen und strategischen Ausrichtung jeweils unterschiedlich gelagert. Neben projektbezogenen Herangehensweisen wie in Nürnberg (Entwicklung eines mobilen Quartierszentrums) oder Essen (Begleitung ehrenamtlicher Lotsen für Flüchtlingsfamilien) wurden auch gesamtstädtische bzw. landkreisweite Ansätze vorgestellt, wie sie in Osnabrück, Kaiserslautern oder dem Landkreis Lindau erprobt werden.

Neue Kooperationsformen sind entstanden

Einen Schwerpunkt der Diskussion bildete das Zusammenspiel von ehrenamtlichem Engagement und hauptamtlicher Arbeit bei der Integration von Flüchtlingen. Deutlich wurde in der rückblickenden Bewertung, dass die kurzfristige Bewältigung der Integrationsaufgaben ohne die Vielzahl der ehrenamtlichen Helfer nicht vorstellbar gewesen wäre. Generell positiv bewertet wurde die Schnittstellenarbeit, Interdisziplinarität und schnelle

Mobilisierbarkeit von Unterstützungen auch innerhalb der Verwaltungen und Behörden während der „Phase der Krisenbewältigung“. Die erlebte unkomplizierte und informelle Zusammenarbeit hat eingefahrene Verwaltungsbahnen durchgeschüttelt. So sind in dieser Zeit in den Kommunen und mit neuen Akteuren Kooperationsformen entstanden, die zukünftig weiterentwickelt werden sollten.

Die Erfahrungen im Management von Ehrenamt und Hauptamt zeigen, wie wichtig geeignete Plattformen und neuere Kommunikationsformen wie z. B. WhatsApp sind (insbesondere außerhalb von Bürozeiten). Einerseits wurde auf die große Expertise vieler Helfer hingewiesen, andererseits aber auch auf Schwierigkeiten im Umgang mit dem Ehrenamt. Dazu zählen die Gefahren der Überlastung und Überforderung („Ehrenamts-Burnout“).

Aus der alltagspraktischen Sicht der Pilotprojekte wird zudem erkennbar, dass sich die Motivation und Form des Engagements verändern. Berichtet wird von einer neuen Form des Engagements, die sich eher als „lose Struktur“ organisiert, spaßorientiert und damit Ausdruck einer Lebensart ist. Dieses Engagement unterscheidet sich vom eher „klassischen“ Ehrenamt meist älterer Menschen, welches sich aus einer helfenden und unterstützenden Motivation heraus ergibt. Neues eher trägerunabhängig organisiertes Engagement wirft auch weitere Fragen zum Grad der erforderlichen Formalisierung auf, z. B. im Umgang mit versicherungsrechtlichen Situationen. Die Beispiele zeigen, dass das Ankommen von Migranten in der Aufnahmegesellschaft durch Pragmatismus und Informalität erleichtert wird. Verwaltungen müssen lernen loszulassen.

Sprache als Dreh- und Angelpunkt

Ein weiteres Thema war der Spracherwerb. Rückblickend wurde deutlich, dass einige Aktivitäten – z. B. die der beruflichen Vermittlung – oft zu schnell, nämlich ohne ausreichende Sprachkenntnisse der Flüchtlinge, erfolgt sind. Aus heutiger Sicht sollte nach Meinung der Projektakteure dem Spracherwerb die erforderliche Zeit eingeräumt werden. Auch auf die Statusabhängigkeit bei der formalen Unterstützung von Flüchtlingen wird als gravierendes Hemmnis verwiesen. Aus Sicht der kommunalen Gesprächspartner sollten alle Flüchtlinge – unabhängig von ihrer jeweiligen Bleibeperspektive – Sprach- und Bildungsangebote erhalten, um die Chancen für ein gutes Ankommen und Zusammenleben in den Quartieren zu nutzen.

Vom Zauber der Jugend zur Vision einer anderen Planung Zuhören ... Vertrauen ... Loslassen

von Stephan Willinger

Wer diese Kolumne schon einmal gelesen hat der weiß, dass ich Zweifel an der Planbarkeit von Stadtentwicklung hege. Es ist jedoch – das habe ich auch an den Reaktionen auf meinen Beitrag in der letzten Ausgabe gemerkt – in einer Runde von Stadtplanern nicht gerade einfach, die Vorteile des Fluiden zu vermitteln, die ich dort dargestellt hatte. Einmütig schmunzelten Amtsleiter und Professoren, da habe ich nun doch etwas überzogen. Zu stark ist der Glaube an die ordnenden Fähigkeiten des heroischen Planers in ihrem Denken verankert. Und zu sehr stützen ja auch bundespolitische Förderprogramme die Vorstellung, mit schönen Plänen und möglichst viel Gebautem ließen sich die Städte „zukunftsfähig“ machen.

Junge Planer stehen dem fluiden Denken offener gegenüber. Vor kurzem begleitete ich auf der Winterschule der Nationalen Stadtentwicklungspolitik in Kassel Studierende aus zwölf Hochschulen dabei, eine eigenständige Position zur Leipzig Charta zu entwickeln. Die kam dann überraschend schnell und vehement. Bereits nach wenigen Tagen waren alle föderalen Hierarchieebenen weggewischt, übrig blieben nur der Einzelne und Europa. Auch liebgewordene Vertrautheiten des Planers wie das „benachteiligte“ Quartier strichen sie, um sich deren Potenzialen unvoreingenommen widmen zu können. Migration wurde nicht als schwierige Herausforderung definiert, sondern als Normalzustand. Da mussten viele Dozenten erstmal schlucken. Doch die Studenten bastelten weiter an einer herausfordernden Vision ihrer Generation Y, die zugleich pragmatisch, unbürokratisch und internationalistisch ist. Aber – und das erstaunte auch mich – durchaus nicht völlig planungskritisch.

Das Bild zukünftiger Stadtentwicklung, das sie entwickelten, entspricht der Welt, wie sie sie erleben: von ihren Vorfahren (uns!) an den Rand des Ruins getrieben ... und gleichzeitig ein herrlicher Platz, um entspannt herumzureisen. Eine Welt voller Ungerechtigkeiten, die aber durch das pauschale Zuschreiben von „Benachteiligung“ nicht geheilt werden kann. Planung ist in dieser Welt überflüssig ... und zugleich nötiger denn je. Doch dafür muss sie sich wandeln, sich auf die neuen (globalen) Kontexte einlassen, auf die Heterogenität und die Energien der (lokalen) Akteure.

Was das mit den Projekten zu tun hat, die wir in diesem Heft präsentieren, werden Sie fragen. So einiges! Ein Projekt erstellt einen „Masterplan Migration“, der nur aus Bruchstücken bestehen soll. Ein anderes baut die Verwaltung so um, dass sie die Stadt aus der Perspektive von Ankommenen zu sehen lernt. Und mehrere setzen auf die Kraft der Zivilgesellschaft, die vom Planer nur noch ein bisschen Unterstützung braucht, um selber Ankunftsstädte zu bauen. Wichtige Schritte, um die in der Krise entdeckten Möglichkeiten für eine neue Stadtentwicklung zu nutzen.

Und da ich hier seit 10 Jahren immer wieder auch über meine Familie schreibe noch folgender Hinweis: Stadtentwicklung vollzieht mit dem oben Gesagten einen Paradigmenwechsel nach, den die Pädagogik bereits vor einigen Jahren durchlaufen hat. Wir sehen unsere Kinder (zum Glück) nicht mehr als Betreuungsfälle, für deren Steuerung wir alleine verantwortlich sind. Sondern als wundervolle Geschöpfe, für deren Selbststeuerung wir als Eltern fruchtbaren Boden schaffen. Jetzt wo meine Kinder mehr und mehr ihrer eigenen Wege gehen, wird noch deutlicher, was eigentlich schon immer klar war: dass jedes von ihnen seine ganz eigene Identität besitzt und dass meine Erziehung nur einen Teil davon erreicht. Sie sind ja gleichzeitig Mitglieder in unterschiedlichsten anderen Lebenswelten. Mein Sohn ist nicht nur kleiner Junge und Familienmitglied, sondern Freund, Schüler, Pfadfinder, Tischtennispieler, Minecrafter und Fan seltsamer TV-Serien. Bei ihm liegt so viel Wissen, das er der Gesellschaft ständig auf ganz vielfältige Weise zur Verfügung stellt ... wenn man ihn lässt.

Übrigens: was die jungen Planer erarbeitet haben, können Sie auf dem Bundeskongress in Hamburg als Installation sehen und als Publikation mitnehmen. Lassen Sie sich ein auf diese neue Sicht. Sie werden nicht enttäuscht werden. Und falls doch: Sprechen Sie mich an, ich erzähle Ihnen etwas dazu. Besser noch: Nehmen Sie allen Mut zusammen, springen Sie über den generation gap und nehmen selber Kontakt mit einer fremden Spezies auf: den jungen Planern!

Der Autor ist Projektleiter Nationale Stadtentwicklungspolitik im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung BBSR. Im Sommer wird er nach Kassel zurückkehren, um – wie alle fünf Jahre – die documenta zu besuchen.

In der Kleinstadt haben Menschen Gesichter

Altena macht Integration

In der fachöffentlichen Szene ist Altena längst zu einem Sinnbild für eine erfolgreiche Integrationsarbeit von Flüchtlingen im schrumpfenden ländlichen Raum geworden. Im Spätsommer 2015 traf die Entscheidung der Stadt Altena, zusätzlich zu den zugewiesenen Flüchtlingen 100 weitere in der Stadt aufzunehmen, auf eine große Medienresonanz.

Die Entscheidung zur Aufnahme zusätzlicher Flüchtlinge in jenem Spätsommer fiel in eine Phase, in der die öffentliche Debatte über die Flüchtlingssituation sehr aufgeheizt war und viele Kommunen an ihre Grenzen bei der Versorgung und Unterbringung der Schutzsuchenden stießen. Wie also organisiert das sauerländische Altena die Integration zusätzlicher Flüchtlinge? Und das zu einem Zeitpunkt als die Gegenfinanzierung durch das Land Nordrhein-Westfalen noch bei unter 50 Prozent der entstehenden kommunalen Ausgaben für Flüchtlinge lag und Altena schon seit Jahrzehnten unter einem rigiden Spardiktat stand.

Eines lernt man schnell: Es gibt kein verschriftliches Integrationskonzept für die Stadt Altena mit ihren rund 450 Flüchtlingen. Das entspricht einfach nicht dem pragmatischen Selbstverständnis der Akteure vor Ort. Wenn die Zielrichtung klar ist, braucht es in einer Kleinstadt mit etwa 17.400 Einwohnern und überschaubarer Verwaltung vor allem eins: „sich allzuständig fühlen“, um das Scheitern an formalen Hindernissen zu vermeiden. Dreh- und Angelpunkt hierfür ist das Integrationsteam der Verwaltung. Anette Wesemann, langjährige Mitarbeiterin des Teams, macht deutlich, dass Integrationsarbeit oft mühevoller Einzelarbeit und hartnäckiges „am Ball bleiben“ ist. Mit der zusätzlichen Verantwortung wurde das Integrationsteam Ende 2015/Anfang 2016 erweitert: Samira Lorschbach und Dany Becker sind seither für die soziale Betreuung der Flüchtlinge verantwortlich. Schwerpunkt ihrer Arbeit sind die Koordination der Berufsorientierung in den bestehenden Programmen sowie die Begleitung in den Beruf oder in Praktika. Und es geht um alle alltagsweltlichen Fragen, eben die „Allzuständigkeit“. Wichtig ist für das Team das Screening der Flüchtlinge. Dazu wurde ein Fragebogen mit der Bundesagentur für Arbeit abgestimmt, um systematisch Informationen zu erhalten und gezielt für die Begleitung zu nutzen.

Gleichzeitig sind es vor allem die guten und nicht formellen Kontakte etwa zum Sozialamt, zum Jugendamt, zum Jobcenter und im Bedarfsfall auch zum Ordnungsamt, die Altena erfolgreich machen. Um die Kontakte zu den betreuten Flüchtlingen zu organisieren, sind SMS oder WhatsApp unentbehrlich. Zur engen Bindung gehören aber auch Besuche der allesamt dezentral im Wohnungsmarkt versorgten Flüchtlinge. Über ein Projekt der Landesförderung kümmert sich als vierte im Team

Lisa Gudra um den Umbau einer aus der Zwangsversteigerung erworbenen Immobilie. Aus der ehemaligen Gaststätte entsteht ein Begegnungshaus, in dem die Nachbarschaft, engagierte Bewohner und Flüchtlinge künftig selbst Sprachkurse, Repair Cafés oder ein Cafétreff organisieren. Ergänzt wird das Angebot durch ein integriertes Tourismusbüro.

Auch beim Umbau unterstützen Flüchtlinge die beauftragten lokalen Firmen. Diese Hilfsarbeiten müssen mit den Firmen abgestimmt und versicherungsrechtlich geklärt werden. All das braucht die Koordination der Integrationsmanagerin, die nach Fertigstellung noch für ein weiteres Jahr die Inbetriebnahme des Begegnungshauses koordinieren wird, bis es auf eigenen Füßen steht. Zweifel an dem Gelingen kann in Altena niemand ernsthaft haben, da es bereits ein langjährig erfolgreich erprobtes und im „Stellwerk“ gebündeltes ehrenamtliches Engagement gibt.



Foto: fotolia

Zu dem Grundverständnis der Integration gehört in Altena, dass Sprachangebote für alle Flüchtlinge zugänglich und verfügbar sind, unabhängig von der rechtlichen Bleibeperspektive. Demzufolge hat sich die Sprachförderung seit der Flüchtlingszuwanderung zu einem Schwerpunkt des Stellwerks entwickelt. Das Stellwerk ist eine bürgerschaftlich organisierte Ehrenamtsagentur mit mittlerweile rund 100 aktiven Stellwerkern. Derzeit gibt es 14 ehrenamtliche Sprachlehrer, die, nachdem die Anfrage nach Sprachkursen stark gestiegen ist, sukzessive geschult und auch mit entsprechenden Unterrichtsmaterialien und Konzepten wie dem Lichtensteiner Modell versorgt wurden. Das Stellwerk hat zudem über 50 ehrenamtliche Kümmerer vermittelt. Sie begleiten Flüchtlinge punktuell oder unterstützen Familien systematisch bei Behördengängen, beim Ankommen

in der Alltagswelt oder in der neuen Nachbarschaft. Nicht selten entstehen zwischen den Kümmerern und Familien Freundschaften, die auch nach der Anerkennung Bindungen an Altena hervorrufen. Marion van den Boogaard und Esther Szafranski, ehrenamtliche Helferinnen vom Stellwerk betonen, dass die gute Verzahnung zwischen Ehrenamt und Hauptamt in unterschiedlichen Themenbereichen der Schlüssel zum Erfolg der guten Integrationsarbeit in Altena ist. Diese hat lange Tradition – das Stellwerk hat als ein zentrales Bindeglied der Integrationsarbeit eine Vorgeschichte, die auf das Ende der 1990er Jahre zurückgeht. Bereits damals bestand in Altena ein dringender Bedarf vieles anders zu machen, um die erforderliche Strukturanpassung der Schrumpfung bewältigen zu können. Als wichtigster Anknüpfungspunkt, um Perspektiven zu schaffen, wurde das bürgerschaftliche Engagement identifiziert. Arbeitsmarktintegration kann nur mit Arbeitgebern gelingen. In Altena ist daher die Zusammenarbeit mit Arbeitgebern selbstverständlich, aber auch dieses Netzwerk musste erst aufgebaut werden. So haben der Bürgermeister zu einem Arbeitgeberfrühstück und die Altenaer Baugesellschaft zu einem Handwerkerfrühstück eingeladen und auf die Arbeitsmöglichkeiten von Flüchtlingen aufmerksam gemacht.



Foto: empirica

In der Praxis hat sich schnell herausgestellt, dass es eine ganze Reihe von Fragen und Unsicherheiten gibt, z. B. mit Versicherungen, dem Krankenschutz oder auch Verfahrensfragen mit dem Ausländeramt. Um es den Arbeitgebern bei Einstellungen z. B. zu einem Praktikum oder einer Lehre leichter zu machen, hat das Integrationsteam Vordrucke für die Arbeitgeber erarbeitet. Trotz guter Erfahrungen von Arbeitgebern ist die Arbeitsintegration oft noch holprig. Diese Erfahrungen hat Frank Kopatz gemacht, der ein Gebäudereinigungsunternehmen mit etwa 45 Mitarbeitern in Altena führt. Die Gebäudereinigung hat es besonders schwer, Mitarbeiter zu finden, zumal die erforderlichen Kompetenzen des Lehrberufs – wie etwa Sicherheitsschulungen – oft unterschätzt werden. Frank Kopatz hat sich selber an das Integrationsteam gewandt, das ihm zwei Bewerber für ein vierteljährliches Praktikum vermittelt hat, um die Ausbildungsreife zu ermitteln. Der jüngere der beiden Bewerber, ein Anfang Zwanzigjähriger, der aus Afghanistan geflohen ist, konnte kein Ausbildungsangebot erhalten. Letztlich reichten

seine Sprachkenntnisse für den Beruf nicht aus. Der ältere Bewerber, ein Mitte vierzigjähriger Familienvater, der aus Albanien geflohen war, ist hingegen heute in der Ausbildung. Hier belastet die unklare Bleibeperspektive alle Beteiligten. So wurde die Familie des Mannes mit schulpflichtigen Kindern bereits abgeschoben. Für den Firmenleiter werden hier unmittelbar die Widersprüchlichkeiten der Zuwanderungsrealität spürbar. Aber genauso die Erfahrung, dass der Spracherwerb die zentrale Voraussetzung für viele weitere Schritte der Integration ist. Auch das Integrationsteam zieht aus den bisherigen Erfahrungen die Schlussfolgerung, dass manche Schritte zu schnell waren und gerade der Spracherwerb seine Zeit braucht. Aber es benötigt auch diese Erfahrungen, um daraus lernen zu können.



Foto: Dany Becker

Integration ist Chefsache, das wissen alle Personen, die sich mit kommunalen Integrationsaufgaben beschäftigen. Altena ist auch hierfür ein Sinnbild. Um in der hochemotionalen Stimmungslage im Herbst 2015 so klare und öffentlich unmissverständliche Botschaften zu vermitteln und vor allem auch tatkräftige Aktivitäten zu initiieren, braucht es breite Schultern und viel Haltung. Die hat sich Bürgermeister Dr. Andreas Hollstein in seiner bald zwanzigjährigen Amtszeit angeeignet, in der er auch viele unpopuläre Entscheidungen im Zusammenhang mit den chronischen Finanzengpässen einer schrumpfenden Stadt treffen musste. Die große Medienresonanz, die sich oft auf Bürgermeister Hollstein fokussiert, hat ebenso ihre Schattenseiten. So gab es neben viel Zuspruch auch Abneigung und vereinzelte Hassbotschaften. An dieser persönlichen Schwelle hat sich der Familienvater für die politische Haltung entschieden, für die er als politischer Vertreter einsteht und die er nicht aus Angst preisgeben will. Heute hat sich die Diskussion in Altena beruhigt. Ein japanischer Gastforscher, der in Altena Integrationsprozesse in kleinen Städten untersucht, bringt seine Erfahrungen auf den Punkt: In einer Kleinstadt haben Menschen Gesichter. Die Organisation persönlicher Kontakte sowohl in der Verwaltung als auch in den Ehrenamtsprojekten, in den Nachbarschaften und in den vielen Aktivitäten mit Flüchtlingen schafft Normalität. Die Flüchtlinge sind jetzt in Altena Alltag geworden – sie haben ebenfalls ein Gesicht bekommen. Und Altena ist bereit, auch zukünftig Flüchtlinge aufzunehmen, um dem Strukturproblem entgegenzuwirken.

Impulse aus Dänemark

Kopenhagen als „inclusive city“

“Copenhagen wants to be the most inclusive city in Europe.”

Dieses ambitionierte Ziel verfolgt Kopenhagen bereits seit mehreren Jahren. Dabei hat Kopenhagen mit dem Integrationskonzept 2011–14 einen Perspektivwechsel im Umgang mit dem Thema Migration eingeläutet. Auch wenn der Erfolg des Konzeptes noch nicht abschließend bewertet werden kann, so ist alleine die Zielsetzung bemerkenswert: Vielfalt und Inklusion werden als Gewinn für Bürger, Arbeitgeber und Stadtgesellschaft verstanden. Die Stadt kehrt damit von der Integration als Minderheitenpolitik – mit der impliziten Aufforderung an die Migranten sich anzupassen – ab und versteht Vielfalt als Chance und den Normalfall.

„Diversity is strength. Everyone must have the opportunity to get involved. Citizenship is for everyone.“

Wer diese Aussagen unterschreiben kann, der hat in Kopenhagen wahrscheinlich auch schon „Copenhagen’s Diversity Charter“ unterzeichnet. Egal ob Vertreter aus Wirtschaft, Kultur, Zivilgesellschaft, Migrantenorganisation oder Abgeordnete – viele Akteure bekennen sich bereits zu diesen Zielen und arbeiten an der Umsetzung mit. Das kann im Größeren geschehen, wenn beispielsweise Unternehmen mit ihrer Einstellungs politik versuchen, neue Arbeitnehmer aus Migrantengruppen zu gewinnen oder im Kleinen, wenn man den Kollegen am Arbeitsplatz überzeugt, dass Diversität eine Ressource ist.

Insbesondere auch in der Verwaltung wird das Prinzip stringent durchgeführt: Nicht mehr Integration, sondern das Management der Diversität der Kopenhagener Stadtgesellschaft ist Handlungsmaxime. Die ressourcenorientierte Betrachtung von Vielfalt wird konsequent in den städtischen Strategien und im alltäglichen Verwaltungshandeln verankert. Jeder Verwaltungsmitarbeiter – egal welchen Ressorts – ist angehalten, diese Handlungsmaxime in seinen Arbeitsalltag zu integrieren. Es gibt kaum noch Projekte, die ausschließlich Integration fördern, vielmehr wird die projektbezogene Betrachtungsweise durch einen Mainstreaming-Ansatz abgelöst.

Der Diversitätsgedanke wird bereits seit längerem auch in der Umsetzung städtischer Entwicklungen erprobt. Der Landschaftspark Superkilen im Nordwesten des Stadtteils Nørrebro ist ein Paradebeispiel dafür: Das Quartier gilt nicht nur als eines der sozial am meisten benachteiligten Viertel Dänemarks, ebenso ist

es von einer besonderen Internationalität geprägt. Die Freiraumgestaltung und Möblierung des Parks, die über mehrere Monate u. a. unter Einbindung der Bewohner des Quartiers entwickelt wurde, nimmt diesen Umstand mit auf und versucht, die verschiedenen Identitäten und Charaktere des Ortes zu stärken. Auch hier gilt: Diversität ist eine Stärke, sie macht einen monofunktionalen Platz zu einem Erlebnisraum.



Foto: Paul Gallep

Kopenhagen kann als Vorreiter und Impulsgeber bei der Einführung und Umsetzung einer gesamtstädtischen Diversitätspolitik angesehen werden. Gleichzeitig weiß man aber auch, wo weitere Herausforderungen liegen:

- Die Integration des Diversitätsansatzes in das Verwaltungshandeln eines jeden Mitarbeiters birgt implizit die Gefahr, dass die Umsetzung stark von der Bereitschaft des Einzelnen abhängt. Der finanzielle oder personelle Aufwand, der für Diversitätspolitiken erbracht wird, kann nicht gemessen werden.
- „Promoting the positive while tackling the negative.“ Dies ist eines der Kernprobleme des Ansatzes. Dabei kann eine Ressourcenorientierung nicht bedeuten, dass vorhandene Probleme von Migrantengruppen negiert und deshalb ignoriert werden.
- Nicht zuletzt ist die Einbeziehung der Stadtgesellschaft in die Konzepterstellung in Kopenhagen eine zentrale Herausforderung.

Das Integrationskonzept 2015–18 greift diese Knackpunkte auf: Neue Schwerpunkte sind soziale Mobilität, Zusammenhalt und Prävention von Radikalismus. Gerade auch wegen dieser differenzierten und selbstreflektierten Sichtweise ist Kopenhagen ein Modell zum Nachahmen.

Mein Lieblingsort

Il Barrino

von Cristina Antonelli



Foto: Cristina Antonelli

Es ist Frühling und ich sitze am Kanal am Maybachufer in Neu-kölln, einem meiner Lieblingsorte zu dieser Jahreszeit. Und wie jedes Jahr erinnere ich mich wieder, warum ich in Berlin bin: die Stadt strahlt so eine wunderschöne Energie aus, die sogar die Berliner zum Lächeln bringt.

Ich bin einer dieser Menschen, die sich zwischen zwei Ländern und zwei Kulturen geteilt fühlen und nicht mehr erkennen können, welches ihre Heimat ist. Ich komme aus Cecina, einem kleinen Ort am Meer in der Toskana in Italien. Es ist der perfekte Ort für Urlaub aber – für mich persönlich – eine Tragödie zum Leben. Trotzdem, jedes Mal wenn ich eine Karte sehe, muss ich den kleinen Punkt suchen, der nicht da ist, aber der Cecina darstellen würde. Es gibt nichts besonderes in Cecina, nur langweilige Wohngebiete und einen einzigen Buchladen für 28.000 Einwohner. Trotzdem habe ich auch da einen Lieblingsort: jedes Mal wenn ich da bin, muss ich zu einem maroden Café am Meer direkt neben der Kaserne gehen, das nur kalte Pizza-Stücke verkauft und dessen Besitzer keine Lust auf nix hat, noch nicht einmal die Toilettenschlüssel heraus zu geben. Aber wenn ich dort sitze schaue ich das Meer an. Dann fühle ich mich wie auf der Spitze eines Bootes und bin die glücklichste Frau der Welt. Und vielleicht liebe ich es deswegen, hier am Kanal zu sitzen und das fließende Wasser anzuschauen.

Cristina Antonelli kommt aus Italien und arbeitet am Lehrstuhl „Architektur – Stadtplanung – Landschaftsplanung“ im Fachgebiet Städtebau an der Universität Kassel. Sie hat die Winterschule „Die neo-europäische Stadt“ organisiert.

Hier fühle ich mich wie zu Hause

von Dianguina (Aziz) Niakate



Foto: Veronika Kobert

In Pegnitz gibt es viele schöne Orte, die man genießen kann. Zum Beispiel der Fußballplatz vom FC Pegnitz, das Schülercafe Bartl, der Wiesweiherpark... Mein Lieblingsplatz ist aber das FC Pegnitz-Fußballfeld. Es gefällt mir so gut, weil ich hier viele Kontakte habe und neue Leute kennen gelernt habe. Die Mannschaft freut sich, wenn wir Flüchtlinge kommen. Wir trainieren zweimal in der Woche und am Wochenende gibt es Spiele oder Turniere. Aber wir machen auch viele andere Sachen zusammen. Sie alle schreiben mir, wenn sie Geburtstag haben oder Kaffee trinken: „Aziz, hast du Zeit?“. Dann können wir spazieren gehen, zur Disco gehen oder zusammen etwas essen. Wir machen viel zusammen, die Mannschaft ist sehr nett. In Afrika habe ich auch Fußball gespielt, aber das war nicht so eine Mannschaft wie hier in Pegnitz. Wir hatten keinen Trainer. Manchmal war der Ball kaputt, dann konnten wir nicht mehr spielen... ein Monat sitzen, zwei Monate... hier gibt es einen Trainer und wir trainieren richtig – wir laufen und spielen! Wenn ich mit der Mannschaft zusammen bin, fühle ich mich sehr gut – wie zu Hause.

Dianguina (Aziz) Niakate kommt aus Mali und wohnt seit eineinhalb Jahren in Pegnitz.



Bildnachweis

Seite 1	empirica
Seite 2	empirica
Seite 3	Bundesregierung (Steins)
Seite 4	Mia Sedding
Seite 6	BMUB Deutscher Städtetag/ David Ausserhofer Doris Büschel
Seite 7	Simeon Johnke Fotografie K. J. Beckmann Anita Schepp
Seite 8	Nina Hoss
Seite 9	Ralf Sabelhaus
Seite 10	Daniela Schnaut
Seite 11	empirica
Seite 12	Veronika Kobert Christian Schraner Hans Pastyrik Gerhard Schoenauer Stadt Pegnitz
Seite 13	Foto Kirsch, Berlin Friedenau
Seite 16	Doug Saunders
Seite 17	Andreas Kessler
Seite 18	empirica
Seite 19	empirica
Seite 20	IBA Thüringen
Seite 21	empirica
Seite 22	Anton Bombach
Seite 23	fololia
Seite 24	empirica Dany Becker
Seite 25	Paul Gallep
Seite 26	Cristina Antonelli Veronika Kobert
Seite 27	empirica



**Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung**

im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung



Herausgeber

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn
Deichmannsaue 31 – 37
53179 Bonn

Bearbeitung

empirica ag
Meike Heckenroth, Timo Heyn, Vanessa Holm, Eliza McGownd,
Johanna Neuhoff

Bundesinstitut für Bau-, Stadt-
und Raumforschung (BBSR)
Referat I 2 - Stadtentwicklung
Dr. Lars Wiesemann, Stephan Willinger

Stand

Mai 2017

Gestaltung und Satz

Indivisual Berlin, Mia Sedding

Druck

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Bezugsquelle

nationale-stadtentwicklungspolitik@bbr.bund.de

Nachdruck und Vervielfältigung

Alle Rechte vorbehalten.
Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.
Bitte senden Sie uns zwei Belegexemplare zu.